

MIT ALLERHÖCHSTER BEWILLIGUNG.



Breslauer

Beitung.

Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

Nº 34.

Montag den 10. Februar

1845.

Breslau, den 9. Februar. Auf Befehl Seiner Majestät des Königs ist heute, nach vorangegangener kirchlicher Feierlichkeit der achte Schlesische Provinzial-Landtag auf die Dauer von 4 Wochen eröffnet worden. Der Königl. Wirkliche Geh. Rath und Ober-Präsident von Merckel, als Königl. Commssarius, übergab den, unter dem Vorsche des zum Landtags-Marschall Allernädigst ernannten Herrn Prinzen Adolph zu Hohenlohe-Ingelfingen versammelten Herren Fürsten, Standesherren und Deputirten aller Stände in feierlicher Anrede das nachstehend abgedruckte Allerhöchste Propositions-Dekret de dato Berlin din 2. Februar c., welches Se. Durchlaucht der Herr Landtags-Marschall, nach ergreifender G. genredre, in Empfang nahm, und wegen Beginn der Berathungen das Erforderliche anordnete. Mittags hatten sich sämmliche Mitglieder der ständischen Versammlung, die Chefs der Militär- und Civil-Behörden und viele andere angesehene Personen aller Stände bei dem Königl. Commssarius zu einem Festmahl vereinigt, wobei die Toaste für das Wohl Seiner Majestät des Königs, Seiner Alleidurchlachtigsten Gemahlin und des hohen Königshauses, so wie die Wünsche für die Wohlsahrt des Vaterlandes, mit Enthusiasmus aufgenommen wurden.

Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen &c.

entbieten Unseren zum Provinzial-Landtag einberufenen getreuen Ständen des Herzogthums Schlesien, der Graffshaft Glatz und des Markgraftums Ober-Lausitz Unseren landesväterlichen Gruß.

Indem wir mit voller Zuversicht die Erwartung aussprechen, daß Unsere getreuen Stände auch bei ihrer gegenwärtigen Versammlung ihre bisher bewiesene treue Unabhängigkeit an Uns und Unser Königliches Haus, wie überall die Gesinnungen echter Vaterlandslebe aufs Neue bestätigen und Unserem Vertrauen durch eifriges und einmütiges Bestreben, das wahre Beste des Landes zu fördern, entsprechen werden, erlassen Wir hiermit an sie die gnädigste Aufforderung die nachfolgenden Gegenstände in Berathung zu nehmen, und ihr wohlertwogenes Gutachten über dieselben abzugeben.

1. Aufhebung des Sportulirens bei den unteren Verwaltungs-Behörden.

Die hinsichtlich des Sportulirens bei den unteren Verwaltungs-Behörden bestehenden gesetzlichen und obervanzmäßigen Bestimmungen haben sich in vielfachen Beziehungen ungeeignet und ungenügend erwiesen. Unser Staats-Ministerium hat Uns daher den Entwurf einer auf Beseitigung der hierin bisher empfundenen Mängel gerichteten Verordnung vorgelegt. Bevor Wir d. mselen Unsere Allerhöchste Genehmigung ertheilen, wollen Wir darüber das Gutachten Unserer getreuen Stände vernehmen, und lassen denselben daher den gedachten Entwurf nebst einer erläuterten Denkschrift zur Erwägung und Begutachtung hiebei zugehen.

2. Bau der Schul- und Küsterhäuser.

Nachdem die zum achten Provinzial-Landtag versammelten Stände des Herzogthums Pommern und des Fürstenthums Rügen in einer ihrer Petitionen die Bitte vorgetragen haben, daß im Wege der Gesetzgebung eine Modifikation des § 37, Thl. II, Tit. 12 des Allgemeinen Landrechts, den Bau der Schul- und Küsterhäuser betreffend, herbeigeführt werde, und Wir die Berücksichtigung dieser Bitte in dem Landtagsabschied vom 30. Dezember 1843 bereits verheißen haben, so lassen Wir jetzt einen von Unserem Staats-Ministerium ausgearbeiteten Gesetz-Entwurf über diesen Gegenstand nebst den dazu gehörigen Motiven, Unseren getreuen Ständen zur Begutachtung zugehen.

3. Provinzial-Recht des Markgraftums Oberlausitz.

Nachdem die auf das Provinzialrecht Unseres Markgraftums Oberlausitz Bezug habenden Bestimmungen gesammelt, zusammengestellt und vorbereitend durch ständische Deputirte geprüft worden sind, lassen Wir diese Verhandlungen Unseren getreuen Ständen zugehen, um dieselben auch ihrer Seits zu prüfen und sich guttäglich darüber zu äußern.

Infofern jedoch die Codification des gesammten Oberlausitzschen Provinzialrechts für die nächste Zukunft nicht in Aussicht gestellt werden kann, werden Unsere getreuen Stände ihre Aufmerksamkeit vorzugsweise darauf zu richten haben, ob und welche Streitfragen vorliegen, zu deren Lösung durch die Gesetzgebung ein praktisches Bedürfnis vorhanden ist und in welchem Maße überhaupt und insbesondere durch formelle Aufhebung solcher noch bestehenden provinzialrechtlichen Vorschriften, welche entweder den gegenwärtigen Verhältnissen und der allgemeinen Gesetzgebung nicht mehr entsprechen oder in der Wirklichkeit nicht mehr zur Anwendung kommen, durch die Gesetzgebung einzuwirken sein dürfte.

4. Beitragssicht der Patrone zu Kirchen, Pfarr- und Schulbauten in der Oberlausitz.

Nachdem die Abgeordneten des vorjährigen Communal-Landtages des Markgraftums Oberlausitz über die Beitragssicht der Patrone zu den Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten eine Vereinigung getroffen haben, um die in dieser Hinsicht in

dem gedachten Landestheile bestehenden Rechtsunsicherheit abzuheben, und zugleich auf den Erlass einer gesetzlichen Vorschrift im Sinne dieser Vereinigung angetragen worden ist, lassen Wir die von dem Communal-Landtag hierüber geslogenen Verhandlungen Unseren getreuen Ständen mit der Aufforderung zugehen, über den Gegenstand derselben guttäglich sich zu äußern.

5. Vererb-pachtung der Lehns- und Fideikommissgüter.

Der nachtheilige Einfluß, welchen die Bestimmungen des § V des Edikts vom 9. Oktober 1807 und § 2 des Cultur-Edicts vom 14. September 1811 in den Landestheilen, in welchen das Allgemeine Landrecht Gesetzeskraft hat, auf das Fortbestehen der Lehne und Fideikomisse ausüben können, hatte bereits Unsers in Gott ruhenden Herrn Vaters Majestät bewogen, eine Berathung darüber zu veranlassen, auf welche Weise diesen Gefahren zu begegnen sein möchte.

Nachdem diese Berathung beendigt ist, Wir auch inzwischen durch Unsre Ordre vom 28. Juli 1842 bereits vorläufig die Anwendung des § V. I. c. suspendirt haben, lassen Wir nunmehr Unseren getreuen Ständen einen von Unserm Staats-Ministerium ausgearbeiteten, diesen Gegenstand betreffenden Gesetz-Entwurf nebst den ihn erläuternden Motiven zur Prüfung und guttäglichen Neuerung hiebei zugehen.

6. Feld-Polizei-Ordnung.

Das Bedürfnis eines wirksamen Schutzes für den Landbau, besonders für die Feldfrüchte, ist allgemein erkannt worden, und es ist Uns bereits von den Landtagen verschiedener Provinzen die Bitte um Ergänzung und Verbesserung der diesen Gegenstand betreffenden gesetzlichen Bestimmungen wiederholt vorgetragen. Wir haben deshalb für diejenigen Landestheile, in denen das Allgemeine Landrecht Gesetzeskraft hat, die nebst Motiven hier beigelegte Feldpolizei-Ordnung entwerfen lassen, über welche Wir die guttägliche Erklärung Unserer getreuen Stände vernehmen wollen.

In Ansehung der allgemeinen Rechtsgrundsätze, welche das Landrecht theils abändern theils ergänzen, so wie anderer allgemeiner Bestimmungen, welche die Gewährung eines größeren Rechtschutzes für das Grund-eigenthum und eine bessere Ordnung in den Angelegenheiten der Feldpolizei zum Zweck haben, hat zwar auf eine Uebereinstimmung der Feldpolizei-Gesetzgebung in allen den verschiedenen Landestheilen Bedacht genommen werden müssen, in welchen das Allgemeine Landrecht Gesetzeskraft hat. In so fern jedoch in einzelnen Landestheilen oder Orten, besondere auf eigenhümlichen, provinzialen oder örtlichen landwirthschaftlichen Verhältnissen beruhende B. d. ü. f. sse obwalten sollten, so haben Wir nicht nur durch die Fassung des entworfenen Gesetzes dafür gesorgt, daß solche sich neben denselben geltend machen und entwickeln können, sondern werden auch, wenn solche eigenthümliche Verhältnisse provinziale Modifikationen oder Ergänzungen des Gesetz-Entwurfs nothwendig oder ratsam erscheinen lassen sollten, die darauf gerichteten Anträge und Vorschläge Unserer getreuen Stände gern entgegen nehmen.

7. Polizeiliches Verfahren gegen das Gesinde.

Die von Seiten einiger Provinzial-Landtage gemachten Anträge in Beziehung auf das Recht der Zucht der Dienstherrschaften gegen das Gesinde haben zu einer Revision der desfallsigen Bestimmungen Veranlassung gegeben, in Folge welcher sich das Bedürfnis erschöpfender gesetzlicher Vorschriften über das polizeiliche Verfahren gegen das Gesinde herausgestellt hat. Wie haben Uns daher bewogen gefunden, einen Gesetz-Entwurf darüber ausarbeiten zu lassen, und lassen solchen nebst den dazu gehörigen Motiven hierbei Unseren getreuen Ständen zur Erwägung und Begutachtung zugehen.

8. Gesinde-Dienst-Bücher.

Von den Ständen mehrerer Provinzen ist die Einführung von Gesindedienst-Büchern beantragt worden, welche an die Stelle der von den Herrschaften ertheilten Bezeugnisse über die Dienstführung treten sollen.

Der erste hierauf gerichtete Antrag der zum Aten Landtag versammelten Stände der Provinz Sachsen war von Uns abgelehnt worden, weil das Bedürfnis zu einer solchen Maßregel nicht hinreichend begründet erschien. Nachdem inzwischen ein ähn-

licher Antrag auch von den Ständen anderer Provinzen gemacht worden, und die Einführung der Gesindebücher auch anderweitig als ein Bedürfnis zu erkennen geben ist, insbesondere aber die günstigen Erfahrungen, welche im Königreich Sachsen über diese Einrichtung gemacht sind, vorliegen, so ist der Gegenstand von unserem Staats-Ministerium zur Beratung gezogen und als deren Ergebnis der Entwurf einer Verordnung vorgelegt worden, welchen Wir nebst der dazu gehörigen Denkschrift Unseren getreuen Ständen zur gutachtlichen Neuerung zugehen lassen.

9. Feuer- und Bau-Polizei.

Da sich mehrfach das Bedürfnis gezeigt hat, die in Städten geltenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften auch auf solche Gebäude anzuwenden, welche, wie wohl zum platten Lande gehörig, doch innerhalb der Städte oder im Gemenge mit städtischen Grundstücken belegen sind, es hierüber aber zur Zeit an allgemeinen Bestimmungen fehlt, so haben Wir den anliegenden Entwurf einer besfalligen Verordnung ausarbeiten lassen, über welchen Wir die gutachtliche Neuerung unserer getreuen Stände vernehmen wollen.

10. Aufhebung der Abdeckerei-Privilegien.

Die in den meisten Theilen der Monarchie zur Zeit noch bestehenden Abdeckerei-Privilegien haben zu vielfachen Beschwerden über die darin fortlaufende, den veränderten Ansichten und Verhältnissen nicht mehr entsprechende Beschränkung der Viehherrn in der Benutzung ihres Eigentums Veranlassung gegeben, und es hat eben so wenig verkannt werden können, daß dieselben jetzt ihren früheren Zwecken nicht mehr genügen, als es unausführbar ist, die privilegierten Abdecker selbst durch Zwangsmafzregeln in der Ausübung von Gerechtsamen zu schützen, deren eigentliche Anerkennung sich nur auf ein jetzt verschwundenes Vorurtheil gründete.

Aus diesen Gründen, welche die beigelegte Denkschrift umfassender entwickelt, haben Wir Uns bewogen gefunden, die Aufhebung der Zwangs- und Bannrechte der Abdecker im gesetzlichen Wege herbeizuführen und zu diesem Ende einen Gesetzentwurf ausarbeiten lassen, den Wir, nebst den Motiven über die darin getroffenen spezielleren Bestimmungen, Unseren getreuen Ständen, hierdurch zur Erwägung und Begutachtung zufertigen.

11. Detentions- und Transport-Kosten für Bettler und Bagabunden.

Nachdem die von einigen Provinzial-Landtagen ausgegangenen Beschwerden und Anträge in Betreff der Tragung und Erstattung der polizeilichen Aufgreifungs-, Untersuchungs- und Detentions-Kosten für Bettler, Bagabunden und andere legitimationslose Personen einer näheren Erwägung und Prüfung unterworfen worden, haben Wir, zur Herbeiführung eines möglichst gleichmäßigen Rechiszustandes und zur Beseitigung der zur Sprache gebrachten Mängel der bestehenden Gesetzgebung denjenigen Entwurf einer Verordnung ausarbeiten lassen, den Wir anbei, nebst den zu seiner Erläuterung dienenden Motiven, Unseren getreuen Ständen zur Begutachtung zugehen lassen.

Inland.

Berlin, 6. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Regierungs-Assessor von Schmidt zum Landrat des Schrodaer Kreises, im Regierungs-Bezirk Posen, zu ernennen. — Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: dem Seconde Lieutenant Herzog Georg zu Mecklenburg-Strelitz Hoheit, aggregirt der Garde-Artillerie-Brigade, die Anlegung des ihm von des Kurfürsten von Hessen Kgl. Hoheit verliehenen Großkreuzes des Löwen-Ordens; dem Vice-Ober-Ceremonienmeister Freiherrn von Stillfried des Kommandeur-Kreuzes des großherzoglich badischen Zähringer Löwen-Ordens; dem Direktor Dr. von Gorzelius und dem Gehörn Hofrat Tieck des Ritterkreuzes vom königl. schwedischen Nordstern-Orden; dem königl. bayerischen Consul und Commerzienrat Barrels zu Köln des Ritterkreuzes vom Verdienst-Orden der bayerischen Krone, so wie dem vormaligen Lehrer Friedrich Ludwig Meissner und dem Rentier Heinrich Hunkel zu Berlin des königl. griechischen Militär-Dienstzeichens zu gestalten.

Se. Königl. Hoheit der Prinz Karl ist von Weimar kommend wieder hier eingetroffen.

Se. Durchlaucht der Fürst Adolph zu Hohenlohe-Ingelsingen ist nach Breslau abgegangen.

Berlin, 7. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Regierungs-Sekretär Hofrat Apell zu Erfurt und dem Hausarzte bei der Landammenvorpflegungsanstalt zu Tepiau, Dr. Pfeffer, den rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Tuchfabrikanten und Städteältesten Seydel in Beeskow und dem Kreis-Chirurgus Philipp zu Lübben das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

In Folge der vorjährigen Preisbewerbung der Jögglinge des königlichen Gewerbe-Instituts sind folgende Preise ertheilt worden: Die Denkmünze in Silber: dem F. C. A. Weißbrod aus Simmern und dem S. Walther aus Schmullensee, Regierungsbezirk Stettin, für beschreibende Geometrie und Schatten-Construktion; dem C. Mano aus Bingerbrück, Regierungs-Bezirk Köln, für angewandte Mathematik; dem H. F. König aus Magdeburg, für Physik und Chemie; dem E. A. R. Vorstell aus Berlin, für freies Handzeichnen; dem J. D. Meyer aus Danzig, für Maschinenzzeichnen; dem W. A. R. Hartmann aus Wollin, für Modelliren und Bossiren; dem E. L. Duske aus Danzig, für das Entwerfen von Gebäuden und Maschinen. Die Denkmünze in Erz: dem H. F. Gorßen aus Schwedt a. d. O., für Physik und Chemie; dem G. Hackländer aus Westhofen, Regierungsbezirk Ainsberg, für freies Handzeichnen.

12. Servissteuer der Städte.

Ueber die ungleiche Vertheilung der noch immer nach einem im Jahre 1815 nur vorläufig angenommenen Vertheilungsmaßstäbe aufgebrachten Servis-Abgabe sind wiederholentlich Beschwerden erhoben worden, zu deren Abhülfe Uns von unserem Staats-Ministerium der Entwurf eines Gesetzes über die anderweitige Aufbringung der Servis-Abgabe in den Städten der östlichen Provinzen vorgelegt worden ist. Wir fertigen diesen Entwurf mit den dazu gehörigen Motiven Unseren getreuen Ständen anliegend mit der Aufforderung zu, denselben in Erwägung zu ziehen, und sich darüber gutachtlich zu äußern.

13. Handels-Firmen.

Die in dem Allgemeinen Landrechte und in dem Rheinischen Handels-Gesetzbuche enthaltenen Vorschriften in Betreff der Unterschriften für den Betrieb kaufmännischer oder gewerblicher Geschäfte haben sich mangelhaft erwiesen, indem sie weder die Wahl solcher Unterschriften angemessen beschränken, noch den bestehenden Firmen genügenden Schutz gewähren gegen die Annahme gleichlautender Firmen Seitens solcher Handlungen, welche in demselben Orte neu errichtet werden.

Um diesem Mangel zu begegnen, ist ein Gesetz über die Unterschriften und Firmen im kaufmännischen und gewerblichen Verkehr entworfen worden. Wir lassen den Entwurf, wie er aus den Berathungen Unseres Staatsraths hervorgegangen ist, nebst den erläuternden Motiven Unseren getreuen Ständen zur Prüfung und gutachtlichen Neuerung hierbei zugehen.

14. Stempel- und Gerichtskosten in Wormundschaftssachen.

Die Stände der Provinz Sachsen haben auf dem vorletzten Provinzial-Landtage darauf angetragen, die Verhandlungen zwischen dem Wormunde und dem ober-wormundschaftlichen Gerichte in Betreff der Erziehung und der Vermögens-Verwaltung der Minderjährigen, so wie die Depositall-Extrakte bei Einziehung der Münzgelde von Stempeln und Gebühren zu befreien. Wir haben hierüber den Bericht des Staats-Ministeriums und das Gutachten einer aus den Mitgliedern des Staatsraths ernannten Commission erforderl, und den anliegenden Entwurf einer Verordnung ausarbeiten lassen.

Bevor Wir jedoch diesem Entwurf Unsere Sanction ertheilen, wollen Wir zunächst die gutachtliche Neuerung unserer getreuen Stände darüber vernehmen.

Wir haben die Dauer des Landtages auf vier Wochen bestimmt, und verbleiben Unseren getreuen Ständen in Gnaden gewogen.

Gegeben Berlin, den 2. Februar 1845.

gez. Friedrich Wilhelm.

Prinz von Preußen. v. Bohm. Mühlner.
v. Nagler. Nother. Eichhorn. v. Thile.
v. Savigny. Bülow. v. Bodelschwingham.
Graf zu Stolberg. Graf v. Arnim. Flottwell.
Uhden.

An die zum Provinzial-Landtage des Herzogthums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Markgräthums Ober-Lausitz versammelten Stände.

(Allg. Preuß. Bltg.) Aus zuverlässiger Quelle erhalten wir das nachstehende, aus dem Königl. Ministerium des Innern ergangene Rescript, nach welchem die Censoren, wie wir vernehmen, mit der entsprechenden Anweisung versehen sind. — „Es sind neuerdings mehrfach Fälle vorgekommen, in denen das Ober-Censurgericht in seinen Urtheilen über Zeitungs-Artikel, welchen von den Censoren die Druckerlaubnis versagt worden, anerkannt hat, daß in den betreffenden Artikeln, in einzelnen Theilen oder Sätzen allerdings Ungesetzliches enthalten war, für welches sodann auch, unter Zulassung dessen, was in den vorgelegten Aufsätzen den Censorgesetzen nicht entgegen war, die Druckerlaubnis verweigert wurde. Demnächst sind diese Artikel, nachdem solcherhingestellt die gesetzwidrigen Stellen daraus entfernt waren, mit dem Zusatz: „„vom Ober-Censurgericht zum Druck verstattet““ oder „„diesem Aufsatz ist durch Urteil des Ober-Censurgerichts die Druckerlaubnis ertheilt worden““ in den Zeitungen abgedruckt. — Durch Bemerkungen dieser Art muß das Publikum nothwendig irre geleitet werden, indem sie nicht anders verstanden werden können, als daß der Censor den Artikel, wie er veröffentlicht wird, zum Druck für ungeeignet erklärt, und ihn in dieser Gestalt gestrichen hätte, während er doch, wenn ihm dieselbe in der Gestalt, wie er abgedruckt wird, vorgelegt wäre, in den meisten Fällen eben so wenig als das Ober-Censurgericht gegen dessen Zulässigkeit Bedenken gehabt haben würde. Auf solche Weise bleibt es dem Publikum unbekannt, daß derartige Artikel in der That Ungesetzliches enthalten haben, daß ihnen also von dem Censor, theilweise auch nach Ansicht des Ober-Censurgerichts, die Druckerlaubnis versagt werden müsste, und daß mithin das Ober-Censurgericht nur für dasjenige diese Erlaubnis ertheilt hat, was auch der Censor, wenn er sich auf eine Ausscheidung des Ungezesslichen hätte einlassen wollen, zum Druck verstattet haben würde. Daß der Censor sich auf diese Ausscheidung nicht eingelassen, kann in der Regel nur gebilligt werden, da es selbst dem Interesse des Schriftstellers entspricht, seine Schrift ganz und unverändert oder vorläufig gar nicht zugelassen zu sehen, indem es jedenfalls besser ist, ihm die Aenderung und Wiedervorlegung Bewußt der Erteilung des Imprimatur selbst zu überlassen, als diese Aenderung durch Ausscheidung einzelner Worte oder Sätze Seitens der Censur-Behörde ohne Wissen und Einstimmung des Autors vorzunehmen. Es leuchtet ein, daß bei der Unbekanntshaft mit der wahren Lage der Sache auch das Urteil des Publikums über die Censoren und das Institut der Censur überhaupt durch jene Art der Hinweisung auf die gerichtliche Verstaltung zum Adbdruck irregeleitet werden muß. Die öffentliche Meinung kann in Folge dessen

den Censor ohne sein Verschulden einer unerklärlichen, ungesehlichen und also willkürlichen Strenge in Handhabung seines Amtes zeihen und in seinem vermeintlichen Verfahren einen Beweis für Bedrückung der Schriftsteller durch die Censur-Verwaltung finden. — Frägt man nach den Motiven, welche dem Zusatz — vom Ober-Censurgericht zum Druck verstattet — zum Grunde liegen könnten, so läßt sich ein gesetzlich anerkennenswerther Grund dafür fast nur in dem Interesse der Redaktion finden, die verspätete Veröffentlichung des Artikels vor ihren Lesern zu rechtfertigen. Ergiebt sich aus dem Artikel ein solches Interesse, oder ist ein anderes gerechtfertigtes Motiv für jenen Zusatz vorhanden, so kann er in der Regel nicht verhindert werden. Der Censor ist aber dann eben so berechtigt als verpflichtet, von der Redaktion die Aufnahme einer erläuternden Bemerkung darüber zu verlangen, daß dem Artikel nicht in seiner nun vorliegenden Gestalt die Druckerlaubnis von ihm versagt sei. Eine Bemerkung dieses oder ähnlichen Inhalts aufzunehmen, darf sich die Redaktion nach § 19 der Verordnung vom 30. Juni 1843 nicht weigern. — Ergiebt sich aber, daß bei jenem Zusatz das Motiv vorwaltet, das Publikum über das Verfahren des Censors zu täuschen und hierdurch die Censur-Verwaltung zu verdächtigen, so darf das nach der Bestimmung ad IV. der Censur-Instruction vom 31. Januar 1843 nicht gestattet werden. — Berlin, den 30. Januar 1845. Der Minister des Innern. gez. Graf von Arnim.“

Wir vernehmen, daß die Verhandlungen, welche mit der dänischen Regierung wegen Feststellung der Sundzoll-Verhältnisse geflossen wurden, für jetzt abgebrochen sind und der diesseitige Kommissar vor einigen Tagen von Kopenhagen hierher zurückgekehrt ist. Wir bedauern, hinzufügen zu müssen, daß die Beauftrungen unserer Regierung in dieser Angelegenheit auch diesmal wieder ohne Erfolg geblieben sind und es nicht gelungen zu sein scheint, sich mit der dänischen Regierung auch nur über einen der für uns wesentlichen Punkte zu verstündigen. (Allg. Preuß. Bltg.)

✓ Berlin, 7. Februar. Die Pariser Kammervergänge nehmen in dies. m. Augenblick die lebhafte Teilnahme unserer diplomatischen Salons in Anspruch. Das nächste entscheidende Ereignis wird sich sicher schon bei der Abstimmung über die geheimen Fonds herausstellen, die man bekanntlich immer als ein Vereinssvorum betrachtet. Sollte das Ministerium Soult-Guiot abtreten und dann ein Ministerium Molé oder Thiers an die Spitze treten, so kann beides, mit Einsicht auf bekannte politische Stürmungen, nicht ohne den wesentlichsten Einfluß für Deutschland bleiben. Es

wird Sie vielleicht interessiren, folgenden uns mittheilten Auszug aus dem Briefe eines deutschen Diplomaten in Paris zu lesen, welcher seine Schilderung aus Anlaß der vorgedachten Zustände niederzeichnete. „Frankreich“ — heißt es — „trägt, wie man nicht leugnen kann, englische Hemmschuhe, und das ist für Deutschland und den Koninrat sehr zu beklagen. Louis Philippe wird alt, mislautig, oft eigensinnig, griesgrämischt und fürchtet für die Zukunft seiner Dynastie; Nemours ist kalt, kühl und nüchtern, ohne Enthusiasmus, ohne Ehrgeiz, er hat blos aristokratische Formen, aber weder Geistes- noch Seelenadel; Joinville ist ein junger liebenswürdiger Mann, wird aber überschätzt; Au-male ist dasselbe; Monpensier ist unbedeutend; die Orleans ist ehrgeizig, aber seit Jahren leidend, sie ist unterleibskrank und hat eine schwache Brust, in ihrem Gemahl ist die Blüthe des Stammes frühzeitig untergegangen. Unter diesen Umständen hat man alle Ursache, den parlamentarischen Bewegungen mit großer Spannung zu folgen; man weiß und fühlt es recht wohl, daß es immer noch einen anderen Kronpräzidenten gibt, der viel gelernt hat und mehr als ehrgeizig ist. Vergessen Sie es in Deutschland nicht, wenn ich Ihnen jetzt melde, und auf Grund genauer und mehrjähriger Beobachtung meines Terrains melde, daß die französische Revolution schwerlich beendet erscheint.“ — Ueber die Ausweisung der deutschen Schriftsteller aus Paris sind jetzt authentische Nachrichten hier. Es stehen zwölf auf der Proscriptionsliste, unter ihnen die Herren Ruge, Heine, Marx, Börnstein, Brénays, Hesse, Herwegh u. a. Von diesen hat jedoch Ruge auf die Einsprache des sächsischen Gesandten, die Erlaubnis erhalten, bis zur definitiven Erledigung seiner Angelegenheit in Paris zu bleiben. Derselbe hat sich nämlich darauf gestützt, daß die Ausweisung in Folge der Reklamationen einer deutschen Macht verfügt seien, der er als Unterthan nicht angehört. Heine ist bereits naturalisiert und daher eo ipso gegen die Vollstreckung des Ministerialbefehls gesichert. Die übrigen müssen dagegen Paris verlassen und sind mehrheitlich bereits abgereist. — In diesen Tagen geht von hier eine mit 3000 Unterschriften versehene Adresse an Herrn Ronge nach Breslau ab. Sie ist durch den Schulvorsteher Didler entworfen, von Anhängern aller Konfessionen und vielen der geachteten Notabilitäten unterzeichnet, kalligraphisch meisterhaft von den bekannten Schreiblehern Schütze, Vater und Sohn, ausgeführt. Eben so statlich ist der im Auftrage des Gewerks von Hrn. Buchbindermeister August Lerch verfertigte Einband. Als Verzierung befindet sich auf dem Deckel ein auf der einen Seite von reichen Früchten strotzender, auf der andern verbornter Baum; auf einer an dem Fuße desselben lehnenden Tafel stehen die Worte: „Johannes Ronge: dem Verdienste seine Krone.“ Kurzem wird dieser Adresse eine zweite, mit nicht minder zahlreichen Unterschriften, folgen. Ein katholischer Unteroffizier B. hatte sich auch zur Unterzeichnung gemeldet; aber in der Absicht dadurch die Adresse in seine Hände zu bekommen und sie zu vernichten. Glücklicherweise gelang das Vorhaben nicht. — So tott und exotisch unsere Residenz sich bisher in Bezug auf das Ständewesen zeigte, so lebhaft ist sie jetzt in Bewegung. Außer den mehrfach gemeldeten Petitionen der Stadtverordneten und des Magistrats kommt nun auch die Einwohnerschaft in Gang. Für die Freiheit der Presse werden zwei Petitionen eingereicht, eine von den Schriftstellern angeregt und von diesen im bunten Gemisch mit andern Einwohnern unterzeichnet, die zweite nur von der Bürgerschaft ausgebend und unterzeichnet. Eine dritte Petition für die Emancipation der Juden, circuliert seit gestern Morgen und trägt bereits zahlreiche und achtbare Namen. Die Spannung auf die königlichen Propositionen ist übrigens fortwährend im Steigen; alle Blätter sind auf die Verfassung gerichtet. In diesem Sinne hat man namentlich die beziehungstreiche Rede des Kriegsministers v. Boyen am letzten Freiwilligenfest vielseitigen Deutungen unterworfen. — Die gewöhnliche Wochenversammlung zur vertraulichen Besprechung über die Interessen des hiesigen Lokalvereins fand auch gestern Abend im Hotel de l'Europe statt. Es hatte sich eine vermehrte Versammlung von circa zweihundert Personen eingefunden, zum größten Theil bestehend aus Gewerbetreibenden, einigen Beamten und Schriftstellern. Die Erörterungen waren durchaus praktischer Natur. Man sprach zuerst über Sparkassen und darauf über die Höhe des Arbeitlohn, welchen die verschiedenen gewerblichen Thätigkeiten gewährten. Unter Mitwirkung der anwesenden Gewerbsmeister wurden die interessantesten Ergebnisse zu Tage gefördert, zum Theil aber auch sehr traurige, indem sich z. B. ermittelte, daß die zahlreiche Klasse der Strohutnäherinnen etwa täglich nur 2 bis 4 Sgr. verdiene. Von ganz besonders starkem Wert waren die Untersuchungen, welche man über das Verhältnis der Arbeitskräfte zum Arbeitsbedürfnis anstellt, indem sich darnach ergab, daß auf einzelnen Gebieten die Konkurrenz der Arbeiter absolut gebremmt werden müsse, z. B. bei den Schneidern, während andere G. biete noch brach lägen. Diese Ermittlungen können überaus wichtig werden, und

sind namentlich geeignet, der Regierung in die Hände zu arbeiten. Somit wäre denn der Verein nun recht eigentlich auf das praktische Gebiet übergetreten.

Potsdam, 7. Febr. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg macht im heutigen Amtsblatte Folgendes bekannt: „Es ist beschlossen worden, in den Provinzen Preußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien und Posen, woselbst die ungewöhnliche Nässe des vergangenen Jahres und die zahlreichen Überschwemmungen auf das Viehfutter einen sehr nachtheiligen Einfluß geübt haben, und deren Viehstand außerdem durch den Ausbruch der Kinderpest in benachbarten Ländern bedroht ist, bis zur Beendigung der nächsten Ernte eine Herabsetzung des gegenwärtigen Preises für das Viehhalz dergestalt eintreten zu lassen, daß den Viehbesitzern in den Faktoreien, woselbst Vorräthe losen Salzes gehalten werden, das Viehhalz entweder unverpackt oder verpackt gegen einen den örtlichen Selbstkosten entsprechenden Preis überlassen, außerdem aber für die Salz-Faktoreien ein herabgesetzter Preis in der Art bestimmt wird, daß den Selbstkosten am Orte, wo das Viehhalz bereitet wird, ein mäßiger, und größtentheils unter den wirklich zu zahlenden Anfuhrkosten bleibender Betrag für die Fracht hinzutritt. Der Preis für das Viehhalz ist hiernach in dem Regierungsbezirk Potsdam einschließlich Berlin, auf Drei Thaler Fünfzehn Silbergroschen festgesetzt worden.“

Schneidemühl, 31. Januar. Gestern vollzog der Priester Czerski hier die erste Trauung im Anschlags-Lokale der christlich-apostolisch-katholischen Gemeinde, welches auch bei dieser Gelegenheit überfüllt war. Nach Ablösung einiger Verse des Chorals: „In allen meinen Thaten las ich den Höchsten ratzen“, betrat Hr. Czerski die Stufen des Altars und hielt eine herzliche, dem Akte angemessene Rede, welche die Anwesenden tief ergriff. Nach der Rede erfolgte die Abnahme des Jawortes und dann die Wechselung der Ringe, nach einem hierauf gesprochenen kurzen ergriffenden Gebete aber auch die besondere, im katholischen Ritus vorgeschriebene Eidesleistung, und schließlich noch die Erteilung des göttlichen Segens durch Händeauflegung. Mit Ablösung des letzten Verses von vorgezachtem Choral schloß die Feierlichkeit, die in mannigfacher Beziehung heilsam auf die Gemüther wirkte. Diese erste von Hrn. Czerski eingeseignete Ehe ist nämlich eine gemischte, zwischen einem Protestant und einer apostolisch-katholischen Christin; aber es war bei ihrer Einsegnung von keiner eidlich-n-Zusage über Kinder-Erziehung und von dergleichen Verleugnungen des Zartgefühls und der Nächstenliebe die Rede, worurch bei so vielen gemischten Ehen in der römisch-katholischen Kirche schon am Traualtar der Grund zur Zwietracht und Uneinigkeit gelegt wird, statt ein Bündnis des ewigen Friedens, der ewigen Liebe und Treue zu knüpfen! Zeitgemäß ist der Umstand, daß die christlich-apostolisch-katholische Gemeinde die sonst üblich gewesenen Stolzgebühren gänzlich abgeschafft hat. Sie besoldet ihren Priester, und dieser ist dafür verpflichtet, auch die Sakramente, folglich auch die Taufen und Trauungen, unentgeltlich zu spenden, da Christus seinen Jüngern befiehlt: „Unentgeltlich habt ihr es empfangen, unentgeltlich gebet es. Matth. 10, 8.“ (Königsb. Allg. Blg.)

Königsberg, 5. Februar. Das Gerücht, die Berlin-Königsberger Eisenbahn werde ihren Weg über Stettin durch Pommern nehmen, scheint zur Wahrheit werden zu wollen. Bisher hat man hier an der Möglichkeit einer solchen Bahnlinie gezweifelt. Wenigstens sollen die gründlichen Gutachten der Sachverständigen sich gegen diesen Weg ausgesprochen haben. Sie halten die Bahn über Küstrin, Landsberg bei Bromberg vorbei, in technischer und kommerzieller, so wie in strategischer Hinsicht für die geeignete, und es ist von ihnen dargethan, daß nur diese Bahn dem Staate die Zinsgarantie sichern werde. (Königsb. 3.)

Lyck, 2. Februar. In der Stadt Wilkowischken in Polen, hinter Stallupönen, verkauft der jüdische Getreidehändler Moses Frank den dortigen jüdischen Bäckern gutes Korn zu 1 Rthlr. 5 Sgr. pro Scheffel, sie dürfen aber das Brot nicht höher als $\frac{1}{2}$ Sgr. pro Pfund verkaufen und nur an Städter, aber nicht nach fremden Orten. Da der größere Theil der Einwohner aus unvermögenden und armen Leuten besteht, wie in den meisten polnischen Städten, so kommt diese Wohlthat sehr vielen zu Gute. (E. U.)

Stargard in Pommern. In diesen Blättern vom 22. v. M. ist unter dem Artikel: In land die Nachricht aus unserer Stadt enthalten, daß durch den seit zwei Jahren hier anwesenden katholischen Kaplan Hrn. Thomas so viele Proselyten gemacht seien, daß die katholische Gemeinde in dieser Zeit von 200 auf 600 Köpfe gestiegen sei. Die Sache aber ist diese. Die hiesige katholische Civilgemeinde bestand nach amtlichen Nachrichten zu Anfang des Jahres 1814 (siehe das hiesige Wochenblatt vom 31. Januar vorigen Jahres) aus 231 Personen, denen, seit der Unwesenheit des Hr. Thomas hier selbst, nun auch die Katholiken der hiesigen Militär-Gemeinde, höchstens 330 Köpfe stark, zugetheilt wurden, somit ist die Zahl der Katholiken hier selbst circa 560 Köpfe. Daß Bau einer eigenen katho-

lischen Kirche für diese Gemeinde ist hiernach ein Bedürfniß geworden, da die uralte, den Katholiken zum Gottesdienst überwiesene Kapelle kaum 50 Personen fasst. Noch weiß indes Niemand etwas Bestimmtes über den Bau jener Kirche, zu dem jedoch Gelder von außerhalb, namentlich aus Lyon, verheißen sein sollen. Was den Besuch der katholischen Schule durch evangelische Kinder betrifft, so ist die Nachricht wahr, hat aber ihren Grund theils in der Überfüllung der evangelischen Elementarschule, theils in dem geringeren Schulgelde, das in der katholischen Schule gezahlt wird. Von sogenannter Proselytenmacherei kann um so weniger hier die Rede sein, da beide Confessionen im Frieden mit einander leben, auch die evangelische Geistlichkeit solche kirchlichen Umtriebe sofort zur Sprache bringen würde. (Wob. 3.)

Aus der preußischen Rheinprovinz, 31. Jan. Der Landtag, dem wir alle mit Spannung entgegen sehen, wird lebhaft werden, und ein Kampf zwischen den Liberalen und Ultramontanen steht in Aussicht. Die ultramontane Geistlichkeit trifft ihre Vorbereitungen mit jener Gewandtheit, die sie so häufig zeigt. Sie demonstriert nicht und argumentiert nicht, sie handelt. Im Sommer kamen die frommen Bischöfe in Koblenz zusammen, hielten bei der Firmung Umzüge durch Flecken und Dörfer und ließen durch eine Art Bulletins bekannt machen, wie glänzend man sie aller Orten empfangen habe, wie gläubig das Gemüth der Landsleute sei, und wie innig dieselben an ihren „Kirchenfürsten“ hingen. Hierauf folgte die Ausmauerung und Erhebung des Trierer Rocks. Welchen Erfolg derselbe hatte, ist bekannt. Endlich kam der Zug des Bischofs Arnoldi nach Köln, Bonn und Aachen. Auch dieser ist vorzüglich ausgefallen, nur in Bonn fiel die Sache einigermaßen kläglich aus, da Professor Walter, der Redner des Zuges, mehr eine heitere als ernste Figur abgibt. Raum lasen wir von dem glänzenden Empfange des Herrn Arnoldi in Trier, von dem Jubel der Bruderschaften und den Theertonnen, welche auf der Mosel brannten, so erfolgte auch schon der Hirtenbrief des Herrn Arnoldi. Dieser Hirtenbrief ist mit großer Menschenkenntniß abgefaßt und wird seine Wirkung nicht verfehlten. Er fällt auf einen sorgsam durchgeackerten Boden und ist eine Saat, für welche die Geister der Gläubigen, wenn ich so sagen darf, seit lange emsig aufgelockert waren. Was daran auffällt, ist, daß Herr Arnoldi sich auch auf das Urtheil von Nichtkatholiken beruft; die Taktik ist aber gut, und sie wird von dem Fastenmandate des Coadjutors Geissel in Köln nachhaltig unterstützt werden. Ich müßte mich sehr irren, wenn nicht in diesem letzten eine mildere Sprache angestimmt würde. (Dieses Aktenstück ist seitdem erschienen.) Als obligater Gedanke stellt sich jetzt, im Angesichte des drohenden Schismas unter den Katholiken, hauptsächlich der heraus, daß der Gläubige streng an Rom festhalten müsse. Die Opposition wird erst in Folge der Landtags-Verhandlungen hervortreten. — Der Ultramontanismus hat für sich zunächst die gesammte hohe Geistlichkeit, die von gewandten Köpfen geleitet wird, sodann die Professoren der katholischen Theologie in Bonn und beinahe alle jüngeren Geistlichen. Nächst diesen findet er seine Hauptstütze in dem autonomen Adel. Als die preußische Regierung diesen Adel so auffallend bevorzugte, ahnte sie schwerlich, welche Waffen sie ihm an die Hand gab. Adel und Geistlichkeit üben großen Einfluß auf einen Theil der Bürgerschaft und der niederen Klassen in Städten und Dörfern. Die Mittelpartei zwischen Liberalen und Anhängern der Geistlichkeit ist bei uns so schwach, daß sie weder Gewicht noch Einfluß üben kann. Eben so getheilt ist auch die Zeitungspresse. Die Kirchenblätter in Düsseldorf und Köln, inspirirt von dem alten Erzultramontanen Winterim und dem Bremer Professor Dieringer sind entschieden ultramontan; ganz jesuitisch geben sich die politischen Blätter in Koblenz und Luxemburg; die Trierische Zeitung, die sich in jeder Beziehung auf ein Schmerzenslager gebettet hat, ist socialistisch, und darf aus lokalen Rücksichten gegen die Ultramontanen direkt kein Wort sagen; die Zeitungen in Barmen und Elberfeld sind durchaus anti-ultramontan; jene von Düsseldorf ist ohne irgend einen Charakter und hat sich durch Kapuzinerpredigten einschüchtern lassen. Bleiben noch die bedeutendsten Blätter der Provinz, die zugleich zu den verbreitetsten und angesehensten in Deutschland gehören. Die Kölnische hat sich bisher möglichst neutral verhalten und die katholischen Bewegungen beinahe gänzlich ignorirt; dasselbe hat die Aachener gethan. Es scheint aber, als wenn die Zeit vorüber sei, in welcher eine solche unseitige Stellung fernerhin noch möglich wäre. Bereits wird gegen beide von den Ultramontanen ein Feldzug eröffnet, denn wer nicht für diese ist, den halten sie für ihren Feind. Es fragt sich nun, welche Partei diese Journale ergreifen werden. Einige Eisens gehen sie jedenfalls entgegen. Sobald der Kampf auf dem Landtag ausbricht, müssen sie sich entscheiden. Daß sie politisch durchaus liberal sind, ist bekannt, künftig werden sie den Beweis zu liefern haben, daß sie auch den Annahmen der Ultramontanen entgegen zu treten den Mut besitzen. — So stehen die Par-

teien. Ich werde Ihnen gelegentlich die Stimmföhre und hervorragenden Männern derselben zu schildern versuchen.

(Brem. 3.)

** Breslau, 9. Febr. Nr. 32 dieser Zeitung enthält einen Aufsatz, welcher auf die, durch die Gesetze vom 29. März 1844 veranlaßte Simon'sche Schrift aufmerksam macht. Indem wir von ganzem Herzen in das Lob einstimmen, welches dem Verfasser ertheilt wird, so scheint uns eine Stelle des gedachten Artikels einzermassen geeignet, ein Missverständniß zu erregen, welchem besser in diesen Blättern selbst vorgebeugt wird, ehe die Polemik anderer Organe der Öffentlichkeit sich möglicher Weise desselben bemächtigt. — Der Aufsatz sagt, daß die Gesetze vom 29. März den richterlichen Beamten in Bezug auf Absehbarkeit, Pensionierung und Versetzung dem Verwaltungsbeamten völlig gleich stellen. Dies ist, wenn gleich dem Sinn und Geiste jener Gesetze nach, wahr, dennoch buchstäblich nicht also. — In Untersuchungen gegen richterliche Beamte soll (nach § 40) die Entscheidung über die Entfernung aus dem Amte durch das vorgesetzte Landesjustiz-Collegium, und, wenn der Angeklagte Mitglied eines solchen ist, durch ein anderes, von dem Justizminister zu bestimmendes Landesjustiz-Collegium erfolgen, gegen denselben Beschuß der Recurs an das Geheime Ober-Tribunal offen steht. — Könnte und dürfte diese Bestimmung außer dem Zusammenhang mit den übrigen Paragraphen des Gesetzes angewendet und ausgelegt werden, und enthielte sie für das Verfahren bei unfreiwilligen Vernehmungen der Richter dieselben Befreiungen, so wären freilich alle erhobenen Bedenken ungegründet. Allein wenn auch der Richter künftig nur durch den Spruch eines Richterkollegiums abgesetzt werden kann, so ist doch, durch den vorangegangenen § 18 des Gesetzes, das Ober-Gericht gerade für den Fall, daß es in einer Absehungssache erkennt, in seinem Wesen so gründert, und den Richtern eine so erweiterte und unbestimmt Freiheit der Entscheidung verstattet und geboten, daß sie, für den Bereich grade dieser Sachen, nach den bestehenden Gesetzen und den Befreiungen der Criminalordnung, gar nicht mehr als Richter, sondern als Verwaltungsbeamte, oder wenn man lieber will, als Geschworene betrachtet werden müssen. — Es verordnet nämlich § 28, dessen Bestimmungen auf das Verfahren bei allen Beamten, die richterlichen mit eingeschlossen, sich beziehen, daß die entscheidende Behörde, ohne an positive Beweisregeln gebunden zu sein, nach ihrer aus dem ganzen Inbegriff der Verhandlungen und Beweise geschöpften Überzeugung zu beurtheilen hat, inwieweit die Beschuldigungen für begründet zu erachten sind. — Hier sind also die unterscheidenden Momente zwischen Regierung und Justiz, welche der Aufsatz in Nr. 32 dazuhin angiebt, daß dort das subjektive, hier das objektive Vorwurfe, gradezu aufgehoben, und dem preußischen Criminalrichter, dessen heiligste Pflicht bisher darin bestand, den Angeklagten nur nach der Beweistheorie der Criminalordnung zu beurtheilen, und seine sonstige Privatwissenschaft gänzlich zu ignorieren, ihm wird plötzlich aufgegeben, ohne positive Beweisregeln nach dem ganzen Inbegriff der Verhandlungen zu entscheiden. — Allerdings sind dies die Befreiungen, welche in gleicher Ausdehnung einer jeden Jury zustehen, allein um wieviel größer sind die Rechte, welche dem Angeklagten vor den Geschworenen zur Seite gegeben sind, als die des incriminirten Beamten nach dem Gesetz vom 29. März. Dort steht die Person der Person von Angesicht zu Angesicht gegenüber, und es darf darum auch der Mensch den Menschen nach seiner freien, im Großen und Ganzen über ihr gewonnenen Überzeugung beurtheilen. Hier aber wird gegen den beschuldigten Justizbeamten wesentlich ganz in der alten Weise verfahren, (§ 26) und das dem Richter vorliegende Ergebnis der Untersuchung bleibt nach wie vor auf den Inhalt der Akten beschränkt. Und nun veranschauliche man sich die große Willkür, welche dem Richter in diesem Ausnahmefalle verstattet ist. Wenn er den Angeklagten kennt, wird seine Überzeugung von dessen Schuld oder Unschuld schon von vornherein nicht in vollem Gleichgewicht stehen, und § 28 erlaubt ihm, nach Hinzutritt des formell ungültigsten Beweisstückes die Schäden steigen und sinken zu lassen. Er darf die Aussage von Personen, welche, nach der Criminalordnung, gar keinen oder nur schwachen Glauben verdienen, für vollständig beweisend; nicht anerkannte Schriftstücke für schätz; unbeglaubliche Gerüchte für begründet annehmen. Dies alles ohne Beisein, ohne Wissen des Inklupaten, der, wenn er von der Berufung, die ihm § 40 gestattet, Gebrauch machen will, in den meisten Fällen nicht einmal Abschriften der Urteilsgründe wird erlangen können. Auch dies ließe sich vielleicht noch rechtfertigen, wenn es sich um den Beweis eines bestimmten Verbrechens handelt, allein § 21 zählt unter den Absehungsgründen auch ein die Sittlichkeit verlebendes Vertragen auf. Wenn man die schrecklichen Gegensätze bedenkt, die jetzt im Schoße der Gesellschaft, je nach der verschieden religiösen Überzeugung, und mehr oder weniger ascetischen Richtung sich gebildet haben, wenn man bedenkt, wie leicht es sich führen kann, daß ein von Herzen braver, aber in rücksichtsloser Genialität vielleicht

die Grenzen überschreitender Beamte, grade vor ein zum großen Theil einer pietistischen Richtung ergebenes Collegium gewiesen ist, welches, von dem Zwange der Beweisregeln entbunden, fortan nach der eigenen freien Überzeugung über die Absehung urtheilen soll, wenn man sich die hier erfolgenden Aussprüche im Geiste lebhaft ausmalt, so scheint es hinlänglich erwiesen, daß der Justizbeamte den übrigen Dienern des Staates, in Bezug auf sein Absehbarkeit, mindestens gleichgestellt ist. Es bleibt nur noch zu bemerken, daß Hr. Stadtgerichtsrath Simon in seiner Schrift diese Gleichstellung gar nicht so unbedingt behauptet, wie der Referent in Nr. 32 sie, dem Geiste mehr als dem Buchstaben des Gesetzes vom 29. März folgend, als bestehend ausgesprochen hat.

III Aus der Provinz, 6. Februar. Wenn wir bedenken, mit welcher Gültigkeit noch vor einigen Jahren das Institut der Stände behandelt wurde, wie es außerhalb aller Volksteilnahme kaum das Interesse derjenigen zu fesseln vermochte, welche zur Vertretung berufen waren, so thut es momentlich desmal dem patriotischen Herzen so wohl, daß Aue, welche den Fortschritt wollen, sich mit diesem ihrem Wollen an den Landtag wenden und durch ihn und von ihm die Legalisierung der von der Bildung der Zeit geforderten Schutzmittel der Freiheit erwarten. Wir wissen bereits, mit welchen Anträgen einige schlesische Städte zu kommen gedenken; von anderen werden wir es bald erfahren. Aber auch Einzel-Petitionen werden überreicht werden und hoffentlich recht zahlreich. Bis jetzt wissen wir blos von dem Fabrikbesitzer Herrn Fr. W. Schloßel, daß er folgende Anträge dem achtzig sth. sischen Landtage zu überreichen gedenkt. Hochd. Ibe wolle 1) zur Wiederherstellung richterlicher Unabhängigkeit, die Aufhebung des ohne Theilnahme der Landstände emanzipierten Gesetzes vom 29. März 1844, bereitstell die Abhängigkeit, Strafversetzung, Degradation und Pensionierung der Richter im Disciplinarwege allerhöchsten Orts be- antragen; 2) zur Sicherung der Staatsbürger gegen verlebende Schritte der Voruntersuchung gegen ihre ungebührliche Ausdehnung, gegen verlebende unnötige Verhaftungen, Haus- und Papierdurchsuchungen, gegen Inquisitionsmissbräuche und Terrorterritorium, eine Bürgschaft mit Ertheilung einer Habeas-Corpus-Urkunde nach englischen Grundsätzen am Throne Sr. Majestät des Königs bevorworten, und 3) diejenige Reform unserer Rechtsverfassung in Antrag bringen, welche mit Anklage-Jury und Urteils-Jury allein dem Staatsbürger vollständige Rechtssicherheit gewährt, und in allen Fällen vor den traurigen Folgen des bisheriigen geheimen Inquisitions-Prozesses sicher stellt. — Herr Fr. W. Schloßel hat zu dieser Petition eine besondere Denkschrift als Unterlage verfaßt, die in Leipzig bei Otto Wiegand herausgekommen ist. Wir entnehmen dem reichen Inhalte einige Stellen. Zuvoerdest weiß Hr. Schloßel die Berechtigung zu seiner Petition nach und findet sie rechtlich in dem natürlichen Rechte, gesetzlich im § 156. II. 20. A. L. R., wonach „es jedem frei steht, seine Zweifel, Einwendungen und Bedenklichkeiten gegen Gesetze und andere Anordnungen im Staate, so wie überhaupt seine Bemerkungen und Vorschläge über Mängel und Verbesserungen sowohl dem Oberhaupte des Staates, als den Vorgesetzten des Departements anzuzeigen; und letztere sind dergleichen Anzeigen zu prüfen verpflichtet.“ Hr. Schloßel erachtet es als ein Recht des Volkes, nach Gesetzen und Anordnungen im Staate zu streben, wodurch verhindert wird, daß Staatsbeamte augenblicklichen Eingebungen folgen und ihre Gewalt missbrauchen. „Sproclos“ sagt er, „verhält diesem Rechte gegenüber der oft vernommene Einwand der Laienschaft, welcher von einer gewissen Seite herüber dem zum Mährstande gehörigen Staatsbürger gemacht wird. Denn wo die Dinge auf reiner Vernunftkenniss beruhen, gibt es keine Laien, deshalb muß Politik jedem Staatsbürger vertraut sein; wer keine politischen Grundsätze und Ansichten hat, oder sich wohl selbst gar einen Laien in der Politik nennt, versetzt sich freiwillig in die Kindheit ihres zurück, in welchen die Vernunft noch nicht entwickelt ist. Deshalb erkläre auch ich mich damit einverstanden, daß die beste Garantie für die Völker öffentliches Staatsleben nach allen Richtungen hin ist.“ Herr Schloßel gedenkt hiernach des Fortschritts, den Preußen mache, als es nach der Katastrophe von 1806 eine neue Bahn betrat und seine Gesetzgebung nach den Grundsätzen der neuen Zeit umbildete. Er erwähnt der

Gesetzgebung vom 9. Oktober 1807, geht zu der des 19. November 1808, welche den Städten die so segensreiche Selbstständigkeit verleiht, und zu dem bekannten Rundschreiben des Freiherrn v. Stein an die obersten Verwaltungsbehörden.

Deutschland.

München, 2. Febr. Die Deputation des Breslauer Domkapitels, bestehend aus den Domkapitularen Dr. Ritter und Elsler, welche dem Domdechanten Herrn. Miltior v. Diepenbrock in Regensburg das Ergebnis der auf ihn gefallenen Wahl zum Fürstbischof von Breslau offiziell kund gethan, befindet sich seit gestern in unserer Stadt, und hat heute bei Sr. Maj. dem Könige Audienz erhalten. — Hr. Domdechant v. Diepenbrock ist nicht gesonnen die Wahl zum Fürstbischof von Breslau anzunehmen. So verlautet wenigstens in gutunterrichteten Kreisen.

(U. Postz.)

In Herzog Leuchtenbergs Palais hat man vorige Woche Briefe aus Petersburg erhalten; denen zu folge wird sich die Kaiserin von Russland, sobald es die Witterung erlaubt, nach Deutschland begeben. Ihre Majestät brauchen im Juni und Juli die Badekur in Ems. Sollten es hierauf die Aerzte noch für nötig halten, so wird die Kaiserin im August die Molkenkur im Bad Kreuth gebrauchen und in diesem Falle also nach München kommen. Zu derselben Zeit wird der Herzog von Leuchtenberg mit seiner Gemahlin, der Großfürstin, aus Petersburg hier eintreffen und den ganzen Winter hier verweilen. Der Kaiser von Russland begiebt sich im Frühjahr zur Inspektion seiner Armee nach dem Kaukasus und hierauf im Juni nach Kissingen zum mehrwöchentlichen Aufenthalt derselbst. Bekanntlich wollte der Kaiser schon im vorigen Sommer die Badekur in Kissingen brauchen, wurde aber wegen des Todes seiner Tochter daran verhindert.

(Augsb. Abendz.)

Regensburg, 1. Febr. Die Deputirten des Domkapitels von Breslau, die Hh. Kapitularen Dr. Ritter und Elsler, haben gestern Morgen unsere Stadt wieder verlassen und kehren über München, dessen Kunstsäcke sie besuchen wollen, nach ihrer Heimat zurück. Wie wir vernehmen, hat ihre Sendung nicht den gewünschten Erfolg gehabt, indem Domdechant Diepenbrock die Wahl entschieden abgelehnt und diesen seinen Entschluß bereits auch nach München gemeldet hat.

(Regensb. Z.)

Stuttgart, 3. Febr. (Erste Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Es werden als Tagesordnung für die morgende Sitzung anberaumt: Die Präsidentenwahl, die Wahl der Kommission für Berathung der Antwort-Adressen auf die k. Rede vom Thron und der Druckkommission. — Später wird das Finanzgesetz für 1845 bis 1848, welches er mit einem ausführlichen Vortrage begleitet, worin auch über die Finanz-Ergebnisse von 1841—1844 Nachweisung gegeben wird.

(S. M.)

Karlsruhe, 1. Febr. (140ste Sitzung der 2ten Kammer). v. Igstein erbittet sich das Wort, und indem er die erst kürzlich erfolgte „Organisation“ eines „Staatsrates“ bespricht, der außer vielen Beamten besonders auch die mit sich führe, daß er die Verantwortlichkeit der Minister bedeutend beschränke, stellt er, da in konstitutionellen Staaten die „Constituierung“ solcher Stellen nicht einseitig von der Verwaltung bestimme, daß von der Regierung, ausgehen könne, den Antrag, daß die Kammer ihre Commission für Prüfung der provisorischen Gesetze beauftragen möge, ihr einen Recht über diese Angelegenheit zu erstatzen, um das Weiterleiten zu können. Abg. Welcker will dem Antrag des Abgeordneten v. Igstein nichts beitreffen, dagegen zwei andere Verordnungen berühren: 1) die neue Verordnung in Beziehung auf die jungen protestantischen Geistlichen, die ihnen sogar in der vertraulichsten Gesellschaft das Tanzen verbietet, und ihnen zur Pflicht macht, an den heiligsten Interessen des Volkes Anteil zu nehmen, dadurch, daß sie ihnen alle Theilnahme an der Politik verbietet und sie zu Organisation des Absolutismus und des Despotismus heranziehen will. 2) Die Verordnung wegen des Eides der Schullehrer, der diesen nicht, wie früher, dem Gesetze, sondern nur den Vorgesetzten zu gehorchen bestimmt. Böhme spricht auch in dieser Angelegenheit. Da nichts erinnert wird, so wird beschlossen, daß jene Commission mit diesen Angelegenheiten sich befassen solle.

(Mannh. Abendz.)

Leipzig, 5. Febr. Abermals hat Sr. Maj. der König von Preußen einen Beweis der großherzigen Erberlichkeit gegeben, mit der er auch jüngern Kräften, die sich rühmlich und zum wahren Nutzen der Wissenschaft (Fortsetzung in der Beilage.)

Erste Beilage zu № 34 der Breslauer Zeitung.

Montag den 10. Februar 1845.

(Fortsetzung.)

und Kunst betätigten, die wohlwollende Unterstützung des Staats zu Thil werden lässt. Er hat d.m. Dr. Johannes Minkwitz, über dessen verdienstvolle Leistungen von anderer Seite her öffentliche Blätter berichtet haben, eine jährliche Pension von 300 Thlr. ausgesetzt.

(D. A. 3.)

Von mehreren Herausgebern von Zeitschriften wird jetzt eine Beschwerdeschrift an die nächste Ständeversammlung über das Ministerium des Innern vorbereitet. In dem neuen Sächsischen Preßgesetz v. 5. Febr. 1844 heißt es nämlich, daß Jeder, der zur Veröffentlichung einer Schrift oder zur Verbreitung derselben durch den Druck mitgewirkt habe, in allen Fällen, wo ein Staatsbürger nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen seine Wissenschaft um eine Thatsache anzugeben überhaupt verpflichtet sei, auch die Verbindlichkeit habe, seine Mitwissenschaft um den Verfasser auf Verlangen der kompetenten Behörde anzugeben. Wer unter dieser „kompetenten Behörde“ zu verstehen sei, darüber geben die beiden Kammern in der ständischen Schrift ihre Erklärung dahin ab, daß sie darunter nicht die Polizei, sondern lediglich die Justizbehörden verstanden wissen wollten. Gleichwohl hat das Ministerium des Innern, von dieser ständischen Erklärung abweichend, in der dem Gesetz beigegebenen „Verordnung“ bestimmt, daß die Polizei-Behörden auf Antrag beleidigter Personen die Verbreiter von Druckschriften zur Namensnennung anhalten sollen. (Magdeb. 3.)

Hannover, 26. Januar. Die Bildung deutscher Priester in Rom ist für das ganze protestantische Deutschland eine Sache von der höchsten Wichtigkeit, deshalb komme ich heute nochmals darauf zurück. Das deutsche Collegium hat sich die Bekämpfung der Lehre der Reformatorien, deren Ausübung und die Wiedereinführung des römischen Ritus zum Ziele gesetzt. Auf jede Weise sollen die dort, an der Quelle des Papstthums Ausgebildeten „von seinem Glanze Eingenommenen, zurückgekehrt in ihre Heimat, dahin wirken. Nicht der öffentliche Cultus allein ist ihnen als Kreis angewiesen, in dem sie die wohlerlernten Formen nach strengem Sinne zu üben haben, sondern jede Gelegenheit im Verkehr und in den zahlreichen Geschäften ihres Berufes sollen sie zur Erreichung obigen Ziels benutzen. Dass nun auch diesem Sinne gemäß verfahren wird, liegt außer allem Zweifel; denn eine 5- bis 7jährige, nach einer Richtung fortwährend auslaufende Erziehung kann, zumal in dem Alter angewendet, wo der sich zur Selbstständigkeit entwickelnde Geist des Menschen von dem jedesmaligen Eindruck ganz bestimmt und so zu sagen mit einer neuen Natur versehen wird, ihre Wirkung nicht verschließen. Wir dürfen dem Verfahren der Böblinge Nems in Deutschland nur einige Aufmerksamkeit widmen, so stellt sich uns dasselbe im Allgemeinen dar: entweder in offenem erbittertem Eifer gegen Lutheraner, oder in berechneter feiner Intrigue, sei es im kirchlichen Dienste oder im geselligen Verkehr. Immer aber erblicken wir in den „Römern“ die größten Eiferer für das Papstthum und dessen Interessen; wir erinnern hier an Martin von Dunin, Bischof von Posen, dessen Wirksamkeit bekannt genug, und an Peter Tobias Jenni, Bischof von Lausanne und Genf, unter welchem ein gewisser Fontana, ebenfalls Böbling des deutschen Colleges, zuerst die Stimme über die gemischten Ehen erhob und dadurch so große Aufregung verursachte. Außer diesen machten sich in neuester Zeit noch bemerkenswerth: Carl August Graf von Reischach, ein Baier von Geburt, Bischof von Eichstätt, päpstlicher Hausprälat, und Coadjutor der Erz-Diöce. München - Freising. Durch seinen Einfluss in Rom löste er die durch Clemens August herbeigesührten preußisch-römischen Wirren. Er war auch der erste, welcher in neuerer Zeit ein Knaben-Seminar nach den Tridentinischen Bestimmungen errichtete und einen Gebet-Verein für Beklehrung der Protestanten stiftete. Jüngst hielt er mit dem Cardinal Schwarzenberg zu München eine Besprechung über kirchliche Angelegenheiten. — Er trat am 27. Oktober 1824 in das deutsche Collegium und verließ dasselbe am 10. August 1829. — Georg Anton Stahl, Bischof von Würzburg, trat am 22. Mai 1827 in das Collegium und schied am 3. August 1830 von da. Er wurde zuerst Professor der Dogmatik in Würzburg und dann daselbst zur bischöflichen Würde erhoben. — Die bereits angeführte Schrift: „Das deutsche Collegium in Rom“, Leipzig bei Hahn, welche wir dringend der Beachtung empfehlen, nennt alle Böblinge, welche seit dem 1. Mai 1818, nach der Wiederherstellung des Jesuiten Ordens, bis zum Juli 1842 das deutsche Collegium besuchten, ihre Zahl beläuft sich auf 189. — Deutschland halte fest, was du hast, daß Niemand deine Krone dir raube! (Weser Ztg.)

Hamburg, 1. Februar. Ueber die sehr argen Soldatenabgeregien, welche im Laufe dieser Woche an mehreren Abenden in den Tanzlokalen der Vorstadt St. Pauli vorfielen, durfte in hiesigen Blättern nichts veröffentlicht werden. Der Ursprung dieser nicht ohne Blutvergießen abgegangenen Streitigkeiten lag in dem Zwiste, welchen während der letzten Eisbahn auf der Elbe in Altona garnisonirendes Militair mit Soloaten der Hamburger Garnison gehabt hatte. Eine Abtheilung der Hafenpolizei, die jedoch von ihren Waffen keinen Gebrauch zu machen wagte, die in St. Pauli stationirten Polizeibeamten, und selbst von Hamburg herbeizogene Verstärkungen der Wachtposten wurden nöthig, um die Ruhe wiederherzustellen. (Wes. 3.)

Aus dem Lüneburgischen, 28. Jan. Vor etwa vierzehn Tagen führten mich meine G. schäfe in Sachen des Handels und Verkehrs nach Celle. An einem schönen Wintertage in der Mittagsstunde ging ich mit einem Freunde an der Alten hinauf, und gelangte dahin, wo am rechten Ufer dieses schiffbaren Flusses das Zuchthaus liegt. In dem Garten, welcher sich bis unmittelbar an das Ufer erstreckt und dem Zuchthausdirektor zur Benutzung eingeräumt ist, sahen wir einen langen, hag. rn, in einen Mantel gehüllten Mann auf und abgehen. Es war der unglückliche Advokat Seidensticker, der nun schon fünfzehn Jahre lang gefangen sitzt. Alle seine Leidensgefährten sind begnadigt — er allein nicht. Herr Seidensticker hat nicht minder Anspruch auf die wohlwollende Theilnahme seiner deutschen Mitbürger als die übrigen. Seine Moralität wird auch von feinen entschiedensten Gegnern geachtet, er war als ein ausgezeichneter und rechschaffener Advokat in Göttingen anerkannt und geehrt, die Gerichte dieser Stadt haben dem trefflichen Manne die günstigsten Zeugnisse ausgestellt. Seine Frau lebt mit ihren vier Kindern zu Göttingen in der tiefsten Bekümmerung. In Celle selbst schenkt man Hrn. Seidensticker ein ehendes Mitteil. Ja manchen Staaten ist allgemeine Amnestie für politische Vergehnungen ertheilt worden — in Hannover noch nicht. (Köln. 3.)

Die Elbersfelder Zeitung erwähnt, daß der Leibarzt des russischen Kaisers, Dr. Theodor von Stürmer, bei der Naturforscher-Versammlung in Bremen darauf antragen wollte, daß die dort vereinten Gelehrten bei dem Könige von Baiern zu Gunsten des noch immer in Kronach verhafteten Dr. Eisenmann, der bekanntlich ein ausgezeichneter medizinischer Schriftsteller ist, ein Begnadigungsgesuch einreichen möchten. Aus mancherlei Gründen unterblieb dieser Antrag. Eisenmann wurde auf „unbestimmte Zeit“ verurtheilt, weil er verantwortlicher Redakteur des „Baierschen Volksblattes“ gewesen. Auch Bürgermeister Behr ist noch G. fangener, eben so Jordan.

R u s s l a n d .

Bon der polnischen Grenze, 26. Jan. Die Nachrichten, welche man seit einiger Zeit über die öffentlichen Zustände im Königreich Polen in öffentlichen Blättern liest, lauten so widersprechend, daß der Leser ganz irre daran wird, und die Möglichkeit nicht begreift, daß die verschiedenen Berichterstatter die Wahrheit haben mittheilen wollen. Während man aus den angränzenden Ländern von unaufhörlichen Verhaftungen und Exilirungen Kunde giebt, sprachen die Brüse aus Warschau von der tiefen Ruhe, welche daselbst herrscht. „Koblenz ist ruhig.“ Zum Verständniß dieses scheinbaren Widerspruchs diene Folgendes: in Warschau herrscht wirklich, in Folge der unlüttreichen Polizei, tiefe Ruhe. An öffentlichen Orten wird kaum laut gesprochen, und der Besprechung der Politik hat man sich vollends entwöhnt; man tanzt, hört Musik und Gesang, isst und trinkt: das sind die Freuden des Warschauer Lebens. Wer in der Hauptstadt wohnt, verlangt nicht mehr; ja er zittert, wenn er zufällig eine etwas unvorsichtige Neuerung von einem andern gehört hat, denn auch das bloße Hören ist gefährlich. In Warschau herrscht daher, ich wiederhole es, tiefe Ruhe, in Warschau wird höchst selten jemand verhaftet, ja in Warschau erfährt man selten, was in den Provinzen vorgeht, denn wer ein ihm bekanntes, der Behörde mißliebiges Factum weiter erzählt, setzt sich Gefahren aus. Anders steht es in den Gouvernementen. Der ächte Pole, der immer ein Russenfeind ist, wohnt auf seinem Dorfe, und seine Verbindungen machen es ihm unmöglich, sein Haus den Gastfreunden zu verschließen. Unaufhörlich kommen und gehen Freunde und Bekannte, die auch nicht selten Fremde einführen. Im Familienkreise läßt dann der polnische Geist sich gehen, weil man nicht glaubt, daß ein Verräther unter ihnen weilen könne. Aber die verwegene Schaar der Emissäre der Propaganda fällt doch zuletzt der lauernden Polizei in die Hände, und nun wird nachgeforscht, wo

der Revolutionär sich vorher aufgehalten, welche Häuser er besucht, wo er gastfrei aufgenommen worden. Ist man hinlänglich orientirt, so beginnen die Verhaftungen, die dann immer einige Recruten für Sibirien oder den Kaukasus abwerfen, in der Regel, ohne daß man in der Hauptstadt etwas von der Sache erfährt. Nur wenn die revolutionären Versuche ausgedehnter Art sind, geslangt die Sache zur Öffentlichkeit, weil dann Verhaftungen in Bausch und Bogen stattfinden. Solche Aufwiegelungsversuche kommen aber von Zeit zu Zeit immer vor, weil die Propaganda nur ein Ziel verfolgt: die Wiederherstellung des selbstständigen Polens. Zu diesem Zweck sucht sie die Einheit unter der Nation herzustellen, und um dem Haß gegen den Feind Nachdrung zu geben, werden von Zeit zu Zeit einzelne Tirailliers vorgeschnitten, die einen Guerrillakampf beginnen und zuletzt — als Opfer fallen. Dies wissen die Obern, aber — der Zweck wird erreicht: der Haß gegen Russland wird genährt, die einzelnen polnischen Familien werden mit oder ohne List ins Netz gezogen, und die Bereitwilligkeit, sich abermals einer Revolution anzuschließen, ist vorhanden. Früher war der polnische Edelmann, trotzdem daß er durch und durch aristokratischer Gesinnung ist, überall im Lande der Gebieter, sein Bauer folgte ihm so gedankenlos wie sein Jagdhund. Das hat sich durch die klugen Maßnahmen der russischen Regierung wesentlich geändert; der Bauer hat aufgehört unbedingtes Werkzeug seines Herren zu sein, und doch kann der Edelmann, wenn es zur Katastrophe kommen sollte, ihn nicht entbehren. Deshalb fängt man ihn jetzt mit communistischem Röder, und der Geistlichen bedient man sich um die Angel auszuwerfen. Der arme Bauer beißt an, und — er ist sammt seinem Seelsorger für das Leben verloren. Aber man möchte fragen: warum rennt der klügere Priester so unbesonnen in sein Verderben? Ihn leitet der glühendste Haß gegen alles Russische, denn alle frühere Bedeutung des katholischen Priesters in Polen ist dahin, er ist ohne allen Einfluß, er ist weniger als ein russischer Pope. Das erträgt der Priester nicht, zumal jetzt, wo er, durch den schlauen Adel getäuscht, in dem Wahn steht, der gesammte sonst so frivole Adel habe sich ihm in die Arme geworfen, und seiner Leitung sich anvertraut, während jener ihn doch nur als Werkzeug zur Erreichung seiner Sonderzwecke gebraucht. Die oberen Geistlichen durchschauen das Spiel recht gut, aber sie hoffen ihre zeitweiligen Verehrer allmählig so zu fassen daß es diesen später unmöglich wird sich von den Banden — zumeist unsichtbaren Fäden, die von den Händen der religiösen Frauen gesponnen — wieder frei zu machen. Dazu lacht zwar heimlich der Ritter — ob er aber zuletzt lachen wird, ist noch sehr die Frage. Dies Spiel wird von Paris und Brüssel aus im Königreich Polen gelenkt; ist die alte Auflage verbraucht, so erscheint eine neue. Durch diese Auklärung gewinnt der Leser zugleich den Schlüssel zu den neuesten Bewegungen und — Verhaftungen, so wie zu den Bauerntumulten in der Gegend von Radom und Kielce, wofür wohl einige sammt ihrem Priester mit dem Leben werden büßen müssen. Der Propaganda ist das ganz recht; nähren die härtesten Strafen doch den Haß am nachhaltigsten! Die russische Regierung versahrt in ihrer Weise gleichfalls mit eiserner Consequenz; sie ist mit den Nachbarstaaten unzufrieden, weil diese nicht in das gleiche Horn blasen; sie giebt dem Lande russische Gesetze und gräzisiert das Volk — dann ist der Besitz des Landes für immer gesichert. Als charakteristisches Moment dürfte in dieser Beziehung die Feier des Jordansfestes im Januar in Warschau anzusehen sein, dieses acht russischen Festes, das eben zehn zum Hauptfeste in der polnischen Hauptstadt geworden ist, und das mit hundert Kanonenschüssen begrüßt ward. Seine Eminenz der griechische Patriarch — denn jenen Titel legt man ihm hier schon bei — ist jetzt augenfällig die erste geistliche Dignität in dem katholischen Warschau, wie der Protopope in den andern Orten. Wäre Russland nicht ein abgesagter Feind aller Vereine, so würde eine polnisch-katholische Kirche in Polen ihr Glück machen können; denn gegen die Katholiken als solche hat man nichts, wohl aber gegen den fremden Herrn und dessen immer schlagfertiges mutiges Heer, den römisch-katholischen Klerus. — Wie verlautet, will der Militär-Gouverneur von Warschau, General Pisarew, sein Amt niederlegen. Ob das ein Glück oder Unglück für die Bewohner der Metropole wäre, wage ich nicht zu entscheiden. (A. 3.)

F r a n k r e i c h .

** Paris, 3. Febr. Alle politische Unterhaltungen drehen sich hier noch um die Lage des Ministeriums, die vor einigen Tagen noch sehr zweifelhaft war, jetzt aber wieder vollkommen consolidiert erscheint. Der

König hat diesen günstigen Augenblick benutzt, und das Ministerium wieder vervollständigt, indem er den Grafen v. Salvandy zum Minister des Unterrichts und Großmeister der Universität ernannt hat. Gleichzeitig hat das Ministerium einen Beweis davon gegeben, daß es sich wieder geträumt fühlt, indem es zwei Beamten, die in den letzten Debatten gegen das Kabinett gestimmt hatten, entlassen hat. Diese beiden Ereignisse geben auch unsern Zeitungen reichlichen Stoff für ihre politischen Artikel. Hr. v. Salvandy ist ein gelehrter und geachteter Mann; im vorigen Jahre stimmte er gegen die Brandmarkungsphrase für die Legitimisten und verlor darüber seine Gesandtschaftsstelle in Turin. Man rechnete ihn zu den abtrünnigen Conservativen, zu der Partei des Grafen Molé. Bei der Eröffnung der diesjährigen Session wurde er zum Vicepräsidenten der Deputirtenkammer gewählt und beide Parteien machten auf ihn Anspruch; bei dem Maloilleschen Amendement erklärte er sich gegen dasselbe, also für das Ministerium, doch hatten auch bereits die Unterhandlungen wegen seines Eintritts in das Ministerium begonnen, die 8 Tage dauerten.

Die Kammer bieten in diesem Augenblick wenig Interesse dar. Die Paßkammer wird erst in 2 Tagen wieder eine Sitzung halten. Bemerkenswerth ist es, daß in einem Bureau derselben der Herzog von Nemours zum Präsidenten gewählt worden ist. In der Deputirtenkammer wird heute der Gesetzentwurf über die Eisenbahnpolizei erledigt. Der Bericht über die neue Organisation des Staatsrats ist der Kammer mitgetheilt worden, er beantragt die Verminderung der 80 Assessoren auf 48. Die Budgetskommission hat den Zuschuß von 490,700 Fr. für das Unterrichtswesen gebilligt. Bei dieser Gelegenheit verdient bemerkt zu werden, daß Hr. v. Salvandy erklärt hat, er werde das Unterrichtsgesetz ganz im Sinne des Hrn. v. Villemain unterstützen und verfechten. Die Befestigung von Paris macht schnelle Fortschritte; soeben sind 140 Pariserische 80-Pfunder von der Gießerei in Ruelle bei Rochefort unterwegs, um auf die neuen Werke gepflanzt zu werden. — Die Nachrichten aus Afrika lauten günstig, sie melden, daß die Handelsverbindungen nach dem Innern immer häufiger werden und daß auch der Scheich von Tugurt sich Frankreich unterworfen hat und ihm Tribut zahlen wird. Aus Cayenne sind Nachrichten angelangt, daß der Prozeß über das wegen angeblichen Sklavenhandels von den Engländern aufgebrachte französische Schiff Marabout, welcher nun bereits in das vierte Jahr dauerst, eine neue Verzögerung erfahren hat. Die englische Regierung hat gegen das zu Gunsten des Schiffes ausgesetzte Urtheil Protest eingelebt, indem sie alle Richter, welche für die Losprechung des Schiffes sich erklärt, refusset hat.

Schweiz.

Zürich, 2. Febr. Die Regierung von Luzern hat nun nach Zürich ganz bestimmt geschrieben (unter dem Datum des 1. Februar), „daß sie auf Bestellung der Jesuiten nicht verzichten wolle noch könne.“

Basel, 2. Febr. Der Bischof von Basel hat der Zumuthung, daß er sein durchaus nicht polemisch gehaltenes Fastenmandat durch einen nachträglichen Hirtenbrief im Sinne der Bischöfe von Freiburg und Chur ergänzen möge, nicht lange Widerstand geleistet. Er hat am 26. Jan. einen Hirtenbrief erlassen, in welchem er gegen die Erzeugnisse der Pressefreiheit und des Verbindungsbrechtes eifert. Zur Abwendung der Gefahren, welche der „Kirche Christi“ drohen, ist während vier Wochen eine besondere Andacht angeordnet.

Italien.

Zu Rom, sagt das „Journal des Débats“, beschäftigt man sich thätig mit den Angelegenheiten der spanischen Kirche. Nicht, wie man gesagt hat, in einem geheimen Consistorium sind diese Angelegenheiten erörtert, sondern der Prüfung der Congregation der außerordentlichen geistlichen Angelegenheiten unterworfen worden, welche aus mehreren Cardinalen und einer gewissen Anzahl Prälaten und ratsgebender Theologen besteht.

Osmanisches Reich.

Jass, 29. Januar. Vor einigen Tagen ist die Versammlung der Landstände der Moldau hier durch ein Te Deum in der Kirche des Landes-Patron St. Nicolaus eröffnet worden. Der erste Minister A. Ghika eröffnete die Versammlung mit der Adresse des Fürsten; der Metropolit ist gesetzlicher Repräsentant und durch Stimmenmehrheit sind die Bojaren J. Pollady und L. Syllon zu Sekretären gewählt worden. Welche glückliche Wahl der Fürst übrigens in Ansehung des neuen Kriegs-Ministers in der Person seines ältesten Sohnes Demetri Sturza getroffen, geht daraus hervor, daß bei der bewaffneten Macht dieses Fürstenthums von demselben bereits sehr bedeutende Verbesserungen

eingeführt worden sind. Zuvorherst hat er jedem Soldaten ein kleines Buch geschenkt, enthaltend die Kriegs-Artikel, seine Pflichten und Rechte, nebst seiner Conduite, zugleich seinen Pas. Sodann hat er Militärschulen gebildet zu Jassi und Gallas, um die Soldaten im Lesen und Schreiben auszubilden und um Unteroffiziere zu bilden. Bei der letzten Revue hat er eine besondere Commission niedergesetzt, um alle Ansprüche der Soldaten zu prüfen und festzustellen. Besonders ist er auf die Gesundheits-Maßregeln in den Kasernen aufmerksam gewesen und hat viele Verbesserungen auch in dieser Beziehung angebracht. Eine Fecht-, Turnz- und Reitschule ist von dem gedachten Prinzen angeordnet und für die besten Schüler Prämien ausgesetzt werden, indem er sein ganzes Gehalt dazu verwendet. Man sieht, daß der Prinz seiner in Preußen genossenen Erziehung Ehre macht, und es ist nicht zu bezweifeln, daß ein solches Beispiel vom besten Erfolg sein wird. Auch hat der neue Kriegs-Minister das Prinzip der Ehre eingeführt, indem nur die vorwurfsfrei dienenden Soldaten die National-Cocarde tragen dürfen. Das stehende Heer in Jassi wird nächstens mit Preußischen Helmen versehen werden. Die Uniform besteht schon aus sehr zweckmäßigen Waffenrocken. Das wichtigste Verdienst des Prinzen ist aber, daß er ein Examen für alle jungen Leute angeordnet hat, welche Offiziere werden wollen. — Es ist aufgefallen, daß, nachdem der Barometer mehrere Wochen weit über 29 Zoll gestanden hat, derselbe seit sechs Tagen unter 28 Zoll gefallen ist. Die Witterung ist milde geblieben und scheint mehr Feuchtigkeit eingetreten zu sein. Die Zölle der Moldau sind in diesen Tagen für 38,210 Dukaten an die Juden Michael, Daniel, Naphtali, Kaufmann, Mendel, Karneol und die Bojaren Alexo Sturza, Wese, und Pogor verpachtet worden; um 10 Dukaten mehr als früher.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, 9. Februar. In der beendigten Woche sind exclusive eines im Wasser Verunglückten und 5 todgeborenen Kindern von hiesigen Einwohnern gestorben: 29 männlich und 19 weiblich, überhaupt 48 Personen. Unter diesen starben: an Abzehrung 9, an Alterschwäche 2, an der Bräune 1, an Blutsurst 1, an Bruchschaden 2, an Lungen-Leiden 1, an gastrischem Fieber 1, an Behr-Fieber 3, an an Krämpfen 10, an Krebschaden 1, an Rückenwindel-Beschlebung 1, an Schlagfluss 5, an Stickfluss 1, an Luftröhren-Schwindfucht 2, an Lungen-Schwindfucht 4, an Unterleibs-Leiden 2, an Gehirn-Wassersucht 2. Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen: Unter 1 Jahre 11, von 1 bis 5 Jahren 8, von 5 bis 10 Jahren 1, von 20 bis 30 Jahren 2, von 30 bis 40 Jahren 7, von 40 bis 50 Jahren 6, von 50 bis 60 Jahren 6, von 60 bis 70 Jahren 2, von 70 bis 80 Jahren 4, von 80 bis 90 Jahren 1.

Im 4ten Quartal des vorigen Jahres sind vom Lande auf hiesigen Getreidemarkt gebracht und verkauft worden: 10,742 Scheffel Weizen, 8,718 Scheffel Roggen, 5,563 Scheffel Gerste und 8,180 Scheffel Hafer.

Im Laufe des Kalender-Jahres 1844 sind nach den eingegangenen kirchlichen Listen in hiesigen städtischen und vorstädtischen Kirchspielen getraut: in den evangelischen Kirchen 685 Paar, in den katholischen Kirchen 306 Paar, in den Synagogen 58 Paar, in Summa 1049 Paar. Geboren: evangelischer Konfession 1143 Knaben, 1051 Mädchen, in Summa: 2194; katholischer Konfession 702 Knaben, 644 Mädchen, in Summa 1346; jüdischer Konfession 111 Knaben, 97 Mädchen, in Summa 208. Summa sämtlicher Geborenen: 1956 Knaben, 1792 Mädchen, zusammen 3748 Personen. Gestorben: evangelischer Konfession 1053 männliche, 981 weibliche, in Summa 2034; katholischer Konfession 593 männliche, 516 weibliche, in Summa 1109; jüdischer Konfession 72 männliche, 77 weibliche, in Summa 149. Summa sämtlicher Gestorbenen: 1718 männliche, 1574 weibliche, in Summa 3292 Personen. Mithin sind im Jahre 1844 238 männliche, 218 weibliche, in Summa 456 Personen mehr geboren als gestorben.

Breslau, 9. Februar. Morgen findet eine Versammlung der hiesigen Stadtverordneten statt, um die Beschlüsse über die dem Landtage vorzulegenden Petitionen zu fassen.

Niederschlesische Zweigbahn.

Der Bericht der Direktion der Niederschlesischen Zweigbahn-Gesellschaft für 1844, zunächst wohl für die Interessenten bestimmt, bietet dennoch Manches Wi-

senswerthe auch für ein größeres Publikum dar. Die Direktion hat es sich angelegen sein lassen, zuvorherst in der Wahl der Beamten mit aller Vorsicht zu Werke zu gehen, welche durch Berücksichtigung der umfassenden Verantwortlichkeit derselben geboten wird. Nach der am 4. März v. J. abgehaltenen Generalversammlung wurde der zeithierige Königl. Wasserbau-Inspektor Hr. Gordz zum Ober-Ingenieur, und Hr. Baumeister Knorr als permanenter Stellvertreter erwählt. Letzterer trat sein Geschäft im September, ersterer aber wegen Verzögerung des nothwendigen Urlaubs aus dem Staatsdienste erst im Dezember v. J. an. Die ungünstige Witterung hat die Nivellements und die nötigen Vorarbeiten nicht unbedeutend verzögert, so daß sie erst jetzt vollendet vorliegen. Nach dem von der Direktion als leitend angenommenen Grundsatz, mehr Zeit und Sorgfalt auf Ermittelung der vortheilhaftesten Richtung zu verwenden, als schneller mit dem Bau vorzuschreiten, hat die ganze Gegend mit einem nivellistischen Netz belegt, und viele Linien hinsichts ihrer Vortheile und der Ersparung von Erdarbeiten geprüft werden müssen. Der Abschluß des Bedarfs von 4000 Tons Schienen ist in England hergestellt worden, und zwar noch vor Erhöhung des Zolls, was die Direktion hoffen läßt, daß, obgleich die Sendungen später eingetroffen sind, sie vom Staate zu der Mehrzahlung nicht herangezogen werden wird. Die Lokomotiven sind aus dem Inlande, größtentheils aber aus England beschafft; die Wagen werden in preußischen Fabriken gefertigt, und hat sich die Direktion für die achtzädrigen entschieden. Die Richtung der Bahn ist im Allgemeinen von Glogau aus über die Hauptorte Kłopisch, Quatitz, Waltersdorf, Sprottau, Sagan, mit dem Anschlußorte Hausdorf an die Niederschlesisch-Märkische Bahn beibehalten worden. Im Einzelnen sind einige Änderungen eingetreten. Die Einmündung der Bahn in den Rayon der Festung Glogau ist den Bestimmungen Sr. Excellenz des Hrn. Gen. der Infanterie von Aster anheimgestellt worden. Fortificatorische Rücksichten geboten, den eigenen Eingang an die Oder hinter das Königl. Schloss zu verweisen, wodurch die Richtung der Bahn längs des Stromes vorgeschrieben ist. Diese Bestimmungen, obwohl sie vermehrte Erdarbeiten nothwendig machen, gewähren doch den Vortheil, einesheils die Bahn in größerer Länge an der Oder entlang, und gerade an dem Punkte vorüber zu führen, wo die Herstellung des projektierten Winterhafens mit geringen Kosten möglich wird, andertheils, daß das von der Stadt Glogau unentgeltlich überwiesene Terrain in ganzer Länge benutzt werden kann. Sodann gestattet auch dieser Punkt die nächste Kommunikation mit der künftigen Bahn nach Posen *). Die andweitige Bahnlage ist durch die Städte Sprottau, Sagan, bis zum Anschlußpunkte Hansdorf. Obgleich hierdurch die Aufführung eines eigenen Bahnhofes nötig wird, so sind die andweitigen Vortheile dieser Richtung doch so groß, daß sie von der Direktion im Interesse der Reisenden nicht unberücksichtigt bleiben durften. Bezüglich des schwierigsten Punktes, der Terrain-Aquisition, kann die Direktion schon jetzt übersehen, daß die 10 Meilen lange Bahn keine besonderen Entschädigungen veranlaßt, und fast nirgends, obwohl sie durch sehr gesegnete Fluren geht, dem Ackers- oder Gewerbebetrieb ein abzugelendes Hinderniß in den Weg legt. Die Aussichten auf den Verkehr sind äußerst günstig, und das Bestreben, die Kommunikation mit der Bahn zu verbessern und zu erweitern, erschlich. Zwei Kunststrassen, von Neusalz und von Züllichau nach Glogau, sind projektiert, nicht minder eine Verbindung mit Guhrau. Sodann ist die Aussicht auf eine direkte Bahnverbindung zwischen Glogau und der Niederschlesisch-Märkischen Bahn nach Breslau, wozu einer der Stationspunkte die zweckmäßige Einmündung darbietet, äußerst wichtig, so wie auch der Waarenverkehr von Stettin über Glogau nach Breslau bei erschwertem oder verhindertem Wasserverkehr. Da die Erdarbeiten mit dem beginnenden Frühlinge kräftig in Angriff genommen werden, so können sie gegen den Herbst 1845, und der Oberbau bis zum Mai 1846 beendet sein.

Landeck, 1. Febr. In unserem Steinbruch nahe an der Stadt auf dem Geiersberge wird ein trefflicher bläulicher Marmor, welcher die schönste Politur annimmt, gebrochen und seit einiger Zeit gehen viele Platten und Blöcke bis zu 70 und 100 Kubikfuß an den Bildhauer Herrn Laverdure in Breslau, der herrliche Kunstwerke liefert, und dürfte diese mineralische Ausbeute für uns einigermaßen wichtig werden. — Über auch auf anderen Punkten unseres Gebirges zeigen sich für den Gewerbsleid und für das Gebiet der Kunst aufrüttende Aussichten. — Auf dem Stachelberg bei Kunzendorf befindet sich ein weißer Marmor mit herrlichem Korne, dem Carrara ähnlich; in Weißwasser bei Habelschwerdt ist ein Stollen geöffnet worden, wo Graphit zu Tage gefördert wird und dem Unternehmer Florian eine günstige Rechnung verspricht, und in Conradswaldau will man auf Stein-

*) Wie wir so eben vernehmen, sind die Vorarbeiten des Glogau-Posen-Eisenbahn-Comité vom Hrn. Finanz-Minister genehmigt worden.

Kohlen schürfen und hat deshalb höheren Orts bereits den Schürfschein nachgesucht. (Oberschl. Bürgerst.)

R Reichenstein, 7. Febr. Wenn noch vor kurzer Zeit es nur ein Verlangen nach Eisenbahnen gab, so sind es jetzt Aktien-Chaussee-Unternehmungen, die auch in den kleinen Städten unserer Provinz angeregt werden. Unter allen Unternehmungen dieser Art ist es wohl die, eine Chaussee von Glaz nach Neisse zu erbauen, welche die bis jetzt über Wartha ganz ungeeignete, durch ungesetzliche, den Verkehr vielfach hindrende Steigungs-Verhältnisse verhandene Verbindung zwischen Oberschlesien und der Grafschaft Glaz entbehrlich machen soll. Beregte Chaussee soll von dem sogenannten Gözhof in Glaz beginnen, im Allgemeinen der Richtung des alten Communications-Weges von Westen nach Osten folgen, die Dörtschaften Neuhannsdorf, Neudeck, Heinrichswalde, Holmersdorf, mehr oder weniger berühren und in Reichenstein aus dem sogenannten Maistridorfer Thale kommend, münden. Von hier ab führt dieselbe, das österreichische Gebiet rechts lassend, durch Camitz, Patschkau, Ottmachau in die alte Straße hinter Woiz durch daß Jerusalemer Thor nach Neisse. Abgesehen von der Wichtigkeit dieser Straße auf den allgemeinen Verkehr, so wird auch dadurch ein Bedürfnis vollständig beseitigt, was sich im Verlauf früherer Jahre als zweckmäßig und nothwendig darstellte. Es betrifft die Erbauung einer sogenannten Kohlenstraße von der Loretto-Kapelle an der Glaz-Neuroder Chaussee über Gabersdorf nach Wartha, die zur Förderung der Kohlen aus dem Neuroder Revire in die Kreise Frankenstein, Reichenbach, Münsterberg, Nimptsch und Neisse benutzt werden sollte. Die im Bau begriffene Aktien-Chaussee von Langenbielau in die Glaz-Neuroder Straße, wie jene von Peilau nach Diersdorf, wird auf geeigneter Weise und in kürzerer Zeit alle Kohlen in die Kreise Reichenbach u. Nimptsch befördern. Jene von Frankenstein-Silberberg zum Einschnitt in die Langenbielau-Neuroder Chaussee, deren Erbauung völlig gesichert erscheint, wird zum Transport der Kohlen in die Kreise Frankenstein und Münsterberg benutzt werden, und sind dadurch die in Aussicht gestellten Steigungen beregter Kohlenstraße entbehrlich. Die Kohlenstraße würde im günstigsten Falle nur zum Transport der Kohlen in den Kreis Neisse und jener zu den Kalktablissments bei Reichenstein benutzt werden können. Aber auch diese Benutzung wird durch eine unmittelbare Verbindung von Reichenstein nach Glaz eine ungeeignete, als bei fast gleicher Entfernung Steigungen vermieden werden und die Erbauung von zwei Holzbrücken über die Neisse entbehrlich wird, die in Betracht der flachen Ufer und des öfteren hohen Wasserstandes mehr als 40,000 Thaler kosten würden. Wenn nun auch vor Jahren das Schles. Ob.-Bergamt die Beteiligung der Niederschles. Steinkohlen-Bergbau-Hilfskasse in Form eines unverzinslichen Beitrages von 23,000 Thaler in Aussicht gestellt hat, so ist die höhere Genehmigung hierfür um so weniger zu hoffen, als die Erbauung der erwähnten Straßen, die Kohlenstraße ganz entbehrlich macht, und die Erbauung dieser gegenwärtig nur ein Interesse, jenes der Gabersdorfer Kalköfen, fördern würde.

* Aus dem Hirschberger Kreise, 6. Febr. Das Landrath-Amt des hiesigen Kreises erließ vor einiger Zeit eine Verfügung, worin den ländlichen Gemeinden zur Pflicht gemacht wurde, die Kommunikationswege mit Bäumen zu bepflanzen. Einer Gemeinde des Kreises wurden dadurch nicht unbedeutende Verlegenheiten bereitet, da sie einen Privatweg zur Kommunikation auf das benachbarte Dorf benutzte, dessen Eigentümer sich beharrlich der Baumwurzelwidersetzung widersetzte. Ungeachtet mehrfacher Vorstellungen war eine Modifikation der obigen Verordnung nicht zu erlangen. Hieraus sollte man schließen, daß sämtliche Kommunikationswege im hiesigen Kreise mit Bäumen bepflanzt wären. Dies ist jedoch nicht der Fall. Es finden sich Kommunikationswege, die weder durch einen Baum, noch Pfahl, noch Straßensteine, noch durch irgend ein anderes Abzeichen begrenzt, und dadurch den Reisenden kenntlich gemacht werden. Ein solcher ist der Weg zwischen Warmbrunn und Voigtsdorf. Er führt zum Theil an Gräben und wasserhaltigen Gruben hin, und ist in dunkler Nacht oder bei Schneegesüßer leicht zu verlieren. Ich passierte ihn am gestrigen Tage bei einem heftigen Stöberwetter, und war mehrmals in Gefahr mit den Pferden vom Wege abzukommen, was mit der augenscheinlichsten Gefahr, in einem nahen Graben zu verunglücken, verbunden war. Es ist mit dies um so mehr aufgefallen, da genannter Weg ein sehr frequenter ist, und in Warmbrunn ein Polizei-Distrikts-Kommissarius wohnt, dessen Amteifahr im ganzen Kreise bekannt ist, von dem sich also erwarten läßt, daß er das Seine zur Beseitigung des Uebelstandes werde gehan haben. Es läßt sich daher Schwierigkeiten und Hindernisse vermuten, welche das kräftigste Entgegenwirken der Kreisbehörde erfordern, die sich dadurch den Dank aller den genannten Weg Passirenden erwerben würde. — Warmbrunn ist gegenwärtig we-

gen der dortigen Pred'gewahl in einer bedauerlichen Aufregung. Meine frühere Vorhersagung, daß die versteinte Warmbrunner Kirchgemeinde mit der Uebernahme des Patronatrechts kein sonderliches Glück gemacht haben würde, scheint sich durch die gegenwärtigen Vorfälle zu bewahrheiteten.

Bunzlau, 6. Febr. Aus zuverlässiger Quelle hat die Redaktion des Sonntagsblattes folgende Mittheilung erhalten: Seine Majestät der König haben die Bestallung des Herrn Superintendenten Fürbringer zu Ruhland als Direktor der Königl. Waisen- und Schulanstalt und des Schulmeister-Seminars hier selbst Alerhöchst zu vollziehen geruht. — Aus Rauscha wird berichtet, daß ein Wolf, welcher sich in der görlitz, klitschdorff, bunzlau- und saganer Haide herumtreibt, am 1. d. ohnweit Heiligensee zwei Mädchen angefallen hat. Glücklicher Weise waren mehrere Männer in der Nähe, welche den Bedrohten zu Hilfe eilten. Einer derselben hatte bei diesem Angriffe das Misgeschick, zu fallen und sich mit seinem, gegen den Wolf gezückten Messer die Hand zu verletzen. Das Raubtier ließ sich jedoch nicht abschrecken, sondern verfolgte eines der beiden Mädchen bis in ein Bauerngehöft, wurde aber hier von den herbeieilenden Bewohnern in die Flucht getrieben.

Piegnitz, 8. Februar. Der Pastor Meißner zu Bunzlau ist mit der Verwaltung der Superintendentengeschäfte des Kirchenkreises Bunzlau I. interimistisch beauftragt. — Von der Königlichen Regierung zu Piegnitz ist der zeitige, anderweit wiederum gewählte Rathsherr, Apotheker Strupe zu Görlitz, als Rathsherr dasselbst bestätigt worden.

Mannigfaltiges.

Berlin, 7. Febr. Die hier lebenden Rheinländer, deren Anzahl von Jahr zu Jahr zunimmt, feierten den diesjährigen Fasching zum erstenmal nach ihrer gewohnten Weise in einem geselligen Kreise, Staatsbeamte und Künstler nahmen besonders zahlreich daran Theil. — In Folge der bei der General-Intendantz der Hofbühne fortlaufend eingehenden Klagen über den Billetverkauf und über die dabei vorkommenden Missbräuche und ungehörigen Begünstigungen sind nun die Beamten des Billetverkauf-Bureaus mit neuen strengen Insstruktionen versehen worden. Demzufolge dürfen vor dem nach öffentlicher Anzeige eines Stücks beginnenden Billetverkaufe durchaus für Niemand, wer er auch sei, Billets reservirt oder verabsolgt werden. Bei dem ersten Andrange, und bis derselbe einigermaßen etwas vorüber ist, sollen nur 3 Billets (mit Ausnahme von ganzen Logen) verabsolgt, und Personen, von denen es bekannt ist, daß sie die Billets nicht zum eigenen Bedarf, sondern für den Handel kaufen, solche gänzlich versagt werden ic. Diese Anordnung des Hrn. v. Küstner findet hier allgemeine Anerkennung. — Man ersieht sich hier von einer seltenen Verirrung, die in hiesiger Umgegend vorgekommen sein soll, indem sich ein junger rüstiger Mann entmannete. Der Unglückliche soll sich auf dem Wege der Genesung befinden. — Die vorgestern in der Louisestädtter Kirche, unter Vorsitz zweier Regierungsräthe stattgefundene Versammlung sämtlicher Gemeindemitglieder zur Wahl von 12 Männern, welche die Angelegenheiten der in eine alte und neue Louisekirche sich theilenden Gemeinde ordnen sollten, charakterisiert wieder das Berliner Leben. Bei dem Eintritt in die Kirche erhielt jeder einen mit einer Nummer versehenen Stimmzettel, damit er darunter seinen Namen bemerke. Ehe man zur Wahl schritt, mußte der Prediger Bachmann, der Seelenhirt der Louisengemeinde, auf einstimmiges Verlangen die Kirche verlassen. Der von einem Stadtverordneten getroffene Wahlmodus ward darauf als unfrei bezeichnet, da jeder seinen Namen auf den numerirten Zettel setzen sollte, und deshalb nicht frei stimmen könnte. Nun wurde der Wahlmodus von den Anwesenden selbst getroffen und verlangt, daß nicht 12 sondern 50 Männer zum Orden dieser Kirchengemeinde-Angelegenheit gewählt würden, welchem Verlangen die Worskenden nicht beipflichteten, worauf die Verhandlungen vertagt wurden.

— (Turin.) Die Barnabiten-Gemeinde von Moncalieri hat in weniger als zwei Monaten eine dritte Beklebung zum Katholizismus erwirkt. Der englische Methodist Wesley legte am Vorabend der heiligen drei Könige sein neues Glaubensbekenntniß in die Hände des Barnabiten-Prior Don Paolo Stub ab, und wurde im Zweifel der Gültigkeit seiner ersten Taufe feierlich wieder getauft. Der Herzog von Savoyen, unser Kronprinz, diente dem Neubekirten als Pathe, wobei er sich durch den Marquis Fransoni, seinen Stallmeister, vertreten ließ.

— (Dresden.) Über das bei Freiberg vorgefallene Duell, welches einen so unglücklichen Ausgang gehabt hat, erfährt man Folgendes: Auf einem Balle tritt ein junger Lieutenant v. W. einer Dame auf den Fuß, mit welcher der Bergakademist Graf Dembinski tanzt; Hr. v. W. vergißt, um Entschuldigung zu bitten und giebt so Anlaß zu dem Duell, in welchem Graf Dembinski tödlich in die Brust getroffen wird. Die Leiche des Verstorbenen ist am 3. in der hiesigen katholischen Kapelle beigesetzt worden, und soll am 4.

nach der Familiengruft in Polen abgeführt werden. Der junge Graf starb an seinem 19. Geburtstage und ist der Neffe des bekannten polnischen Generals. Seine Familie ist in den letzten Jahren von schwerem Unglück heimgesucht worden; seine Vater starb, weil ihm aus der Apotheke aus Versehen verdünnte Blausäure statt Bitterwasser geschickt wurde; vor nicht langer Zeit starb seine Schwester, ein achtzehnjähriges Mädchen, eine andere Schwester liegt lebensgefährlich krank dahin. Die Mutter lebt hier und erträgt fast dem grenzenlosen Jammer. — Zwischen den Bergakademisten in Freiberg und dem dort garnisonirenden Kavallerie-Offizierscorps herrscht seit längerer Zeit eine große Spannung, zu welcher das letztere besondere Anrengung gegeben haben soll; diese hat nun den höchsten Grad erreicht, so daß man glaubt, daß die dort liegende Garnison jetzt versezt werde. (Beil. 3.)

Der Dichter und Schriftsteller Freiherr Ernst von Houwald ist am 28. v. M., in Folge eines Schlagflusses, im 66. Lebensjahr zu Lübben gestorben.

In der spanischen Festung Ceuta in Afrika ist ein Pulvermagazin mit 500 Pudor, 20,000 Patronen und 150 Handgranaten in die Luft geslogen. Es wurden bei der heftigen Explosion 2 Menschen verwundet. Eine halbe Stunde später wurden 2 Compagnien Artillerie, welche eben aus Sevilla angelommen waren und das aufgeschlagene Werk besetzen sollten, unter den Trümmern des aufgeslogenen Pulverburm begraben worden sein.

Die Direction der Dublin-Drogheda-Eisenbahn hat dem Apostel der Mäßigkeitssache, Pater Mathew, ein immerwährendes Freibillet in g's die genem Silber zum Präsent gemacht, mit der Inschrift: „Aus Erkenntlichkeit für die der Mäßigkeitssache geleisteten Dienste.“

Breslau, 9. Febr. In der Woche vom 2. bis 8. Februar c. sind auf der Oberschlesischen Eisenbahn 3254 Personen befördert worden. Die Einnahme betrug 2108 Rthlr.

Auf der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn wurden in der Woche vom 2ten bis 8ten d. Mis. 2297 Personen befördert. Die Einnahme betrug 1724 Rthlr. 21 Sgr.

Aktien-Markt.

Breslau, 8. Februar. Der Verkehr in Eisenbahn-Aktien war beschränkt.

Oberschl. Lit. A 4% p. G. 121 Gld. 122 Br.

Prior. 103½ Br.

dito Lit. B 4% p. G. 112 Br. 111 Gld.

Breslau-Schweidnitz-Kreis. 4% p. G. abgest. 114½ Br. 114 Gld.

dito dito dito Prior. 102 Br.

Rheinische 4% p. G. 94½ Gld. 94½ Br.

Öst.-Rheinl. Juz.-Sch. p. G. 106½ u. 1½ bez.

Niederschl.-Märk. Juz.-Sch. p. G. 110½ u. 1½ bez.

dito Zweigbahn Juz.-Sch. p. G. 99 Gld.

Sächs.-Schl. Juz.-Sch. p. G. 110½ bez.

Neisse-Brieg Juz.-Sch. p. G. 98½ Gld.

Kraau-Oberschl. Juz.-Sch. p. G. 105 u. 104½ bez.

Wilhelmsbahn Juz.-Sch. p. G. 107½ bez. u. Gld.

Berlin-Hamburg Juz.-Sch. p. G. 114½ Gld. 115 Br.

Friedrich-Wilh.-Nordbahn 97½ u. 7½ bez. u. Br.

Redaktion: E. v. Baerst und H. Barth.

Verlag und Druck von Graf. Barth und Comp.

(Eingesandt.) Glaz-Neisser Chaussee-Bau-Angelegenheit.

Dem Vernehmen nach ist die Zeichnung der für die von Glaz in gerader Richtung nach Neisse zu erbauenden Chaussee erforderlichen Baumsumme beinahe vollständig gedeckt, und soll der Bau in diesem Jahre in Angriff genommen werden, da indeß durch die von Glaz in gerader Linie nach Reichenstein beabsichtigte Richtung die Stadt Wartha durch Entziehung des bisherigen Verkehrs um so mehr verlieren würde, als ihr ohnehin durch die bereits im Bau begriffene Reichenbach-Langenbielau-Glazer Chaussee, welche Glaz in gerader Richtung mit Reichenbach verbindet, als über Wartha viel Verkehr entzogen wird, erschien deren Petition, daß die Straße von Glaz nach Neisse ihr nicht ebenfalls entzogen, sondern statt in gerader Richtung mit einem sehr unbedeutenden Umwege über Wartha belassen, und von da vermittelst einer über die Neisse bei Bahnhau zu bauenden Brücke nach Reichenstein gefahrt werden möge, dem Herrn Finanzminister Excellenz dergestalt der Berücksichtigung werth, daß derselbe sich zwar nicht veranlaßt finden konnte, dem Glaz-Neisser Actienver in die Verlegung der Richtung über Wartha zu empfehlen, sondern die Petenter dieserhalb an den gedachten Verein Behufs Berücksichtigung ihres Gesuchs verwies, dabei aber unterm 17ten d. M. die huldvolle Zusicherung ertheilte, daß wenn der Glaz-Neisser Actienverein die Richtung über Wartha wählen sollte, die Gewähr einer zugesagten Actienzeichnung von 14,000 Rthlr. aus der Bergbau-Hilfskasse darauf über-

getragen werden sollte. Dass die Stadt Wartha ihre Interessen dem Comité des Vereins vorgetragen, dürfte unzweifelhaft sein, indes hält Referent, obwohl durchaus bei dieser Angelegenheit nicht selbst beteiligt, da die Actien-Unternehmungen nicht lediglich Wohlwollen und individuelle Ansichten und Interessen, sondern auch die zu gewärtigende allgemeine Rentabilität des Unternehmens, welchem man beigetragen leuen kann, von letzterem Gesichtspunkt ausgehend, für die Allgemeinheit zeit- und sachgemäß diesen Gegenstand dem öffentlichen Forum, in specie dem der resp. Herren Actionaires des Glaz-Neiss. Aktienvereins, zur Beurtheilung und Erwägung mit dem aufrichtigen Wunsche zu übergeben, dass es einen für beide Theile ersprechlichen Fortgang haben möge.

Voraus bemerket, wie es sich hierbei nur um die Richtung von Glaz nach Reichenstein handelt, und von letztem Ort ab die Straßenrichtung durch die Anwendung des Partikular-Interesses von Wartha nicht im mindesten in Frage gestellt wird, erscheinen bei einer Verlegung des Straßenzuges über Wartha nur diejenigen Actionaire am meisten beteiligt, deren Bürke sich auf die ursprünglich bezeichnete Richtung in gerader Linie von Glaz aus gründet, und insofern selbe vielleicht sogar mit Grundeigenthum grenzen oder ihnen die möglichste Akürzung des Weges dafür leitend gewesen, würde von diesen Actionairen selbst dann, wenn der von Referenten anzudeutenden besseren Rentabilität der Richtung über Wartha anerkannt werden sollte, eine Zustimmung zur Wahl derselben nicht so leicht in Aussicht stehen, Einzel-Interessen werden sich aber gewiss auch hier dem allgemeinen Besten gern unterordnen, und hat Referent für die Unterstützung und Bevorwortung der Wahl des Straßenzuges über Wartha Folgendes anzuführen.

Sollte dieselbe ein provinzielles Interesse erlangen, dann dürste die Verlegung der bisherigen Chaussee von Glaz nach Wartha, welche wegen ihrer großen Steigungen so ungemeine Erschwerungen für den Verkehr darbietet, das Neisse-Thal damit zu verbinden sein, und sicher dürste Eine hohe Landesregierung einen Umbau, welcher allerdings große, doch in neuerer Zeit durch die Eisenbahn-Anlagen weit überflüsse und dennoch glücklich beseitigte Schwierigkeiten hat, wesentlich unterstützen und befördern, indem dadurch die Zeit, welche zur Reise von Glaz nach Wartha erforderlich ist, um ein Drittheil sich abkürzen und der Gütertransport sehr erleichtert werden würde, und es unterliegt gewiss keinem Zweifel, dass wenn der Aktienverein den Umbau der Straße übernehmen wollte, der Staat die jetzige Chaussee bis Frankenberg, von wo die Wendung nach Neisse beginnen müste, aufgeben und demselben, in so weit sie im neuen Tracius benutzt werden kann, frei dazu über-

lassen würde, und ebenso ließe sich dann die längst projektierte Chausseirung der Kohlenstraße, auf welcher der bedeutende Absatz aus den Steinkohlengruben von Schlegel und Eckerdorf nach Schlesien stattfindet, und zu welchem das königl. Ober-Bergamt bereits eine nämliche Weihilfe in Aussicht gestellt, damit verbinden, indem dann von Eckerdorf nur bis an den Übergangspunkt im Neisse-Thale bei Giersdorf eine Zweig-Chaussee von etwa $1\frac{1}{4}$ Meile zwischen der Glaz-Neuroder und neuen Glaz-Warthaaer Straße gebaut werden dürfte, welche zugleich die nächste Verbindung zwischen Neisse und dem Riesengebirge per Neurode in fortlaufender Chaussee herstellen würde, und deren große Rentabilität an sich gar keinem Bedenken unterliegt. Übernimmt nun der Aktienverein beide Bauten, so ist der Bau von Frankenberg nach Reichenstein eine unumgängliche Folge, und es würde derselbe dadurch nicht nur ein großartiges und nützliches Unternehmen fördern, als auch den bisherigen eine bei weitem bessere Rentabilität verschaffen.

Aber auch, wenn die Chaussee von Glaz nach Wartha im bisherigen Status-Quo über den Höhenzug verbleiben müste, dürfte deren Verfolgung und Bau einer Chaussee von Frankenberg nach Reichenstein, ungestrichen damit ein Brückbau bei Bahnhof über die Neisse verbunden werden müste, bezüglich der Rentabilität unbedingt, der geraden Richtung von Glaz vorzuziehen sein, indem der Bau der Kohlenstraße von Eckerdorf nicht länger ausbleiben kann, es sind demselben die vorhergehenden Beförderungen von den Landesbehörden und den Adjacenten zugesichert; ein Gesetz gegen Thierquälerei würde, da viele Tausende von Tieren diese Straße jährlich befahren, und das arme Vieh in dem damaligen grundlosen Wege maaßlos gequält und gemartert wird, in so lange diese Chausseirung nicht erfolgt, dieselbe zunächst bedingen müssen, und wie es eine Lebensfrage für Wartha ist, dass derselbe der Neisser Verkehr nicht entzogen werde, tritt selbe für diesen Ort dann ein, wenn die Kohlenstraße gebaut ist, selbe von Frankenberg nach Reichenstein fortzusetzen, weil der Kohlen-Auflauf in die dasige Umgegend schon jetzt bei irgend trockener Jahreszeit, statt über Glaz, sich per Wartha zieht, über erstem Ort aber ganz wegfällt, wenn die Chaussee von Wartha nach Reichenstein gebaut wird. Es lässt sich daher mit Grund annehmen, dass, sollte der Glaz-Neisser Aktienverein die direkte Linie von Glaz nach Reichenstein nicht aufgeben, sich recht bald ein besonderer Verein für den rentablen Bau der Kohlenstraße bis Reichenstein und ev. der Chaussee von Glaz nach Wartha bilden werde, da jedoch, wenn auch ersterer dabei rücksichtlich des Tracius bis Reichenstein in wesentlichem Nachteil stehen würde, es höchst bedauerlich wäre, wenn die Rentabilität we-

gen eines ev. kleinen Umweges sich gegenseitig durch zwei besondere Unternehmungen schwächen sollte.

Referent ist zwar keineswegs so anmaßend, zu glauben, dass seine Ansicht die allein richtige, und die dafür angegebene Gründe erschöpfend sind; doch ist sein lebhafter Wunsch im allgemeinen Interesse dahingestrichen, dass die Herren Actionaire des Glaz-Neiss. Aktienvereins dem bereiteten Gegenstand nähere Aufmerksamkeit schenken, und dem Beschluss über die von der Stadt Wartha und Umgegend beantragte Verlegung der St. S. Richtung in einer General-Versammlung der Actionaire fassen möchten. Die etwa durch Zurückziehen von Zeichnungen entstehenden Ausfälle, oder durch die Bauverlängerung sich darstellenden höheren Baukosten dürfen sehr bald anderweitig ergänzt werden.

P.

Bekanntmachung.

Alle diejenigen hier wohnhaften oder bei hiesigen Einwohnern in Gesellen-, Lehr- oder Dienstverhältnissen stehenden jungen Leute, welche in den Jahren 1821, 1822, 1823, 1824 und 1825 geboren sind, aber ihrer Militärdienstpflicht noch nicht genügt haben und mit einem Invaliden- oder Armee-Reservetechein nicht versehen, oder nicht zur allgemeinen Erfasst-Reserve klassifiziert sind, haben sich Beihilfe ihrer Auszeichnung vor der zur Aufnahme der Stammrolle geordneten Commission des hiesigen Magistrats in denen von denselben noch zu bestimmenden Terminen einzufinden und ihre Eintragung zu gewähren.

Jeder in oben genannten Jahren geborene Gestellungsverpflichtete, der noch bei keiner früheren Gestellung vorgewesen ist, hat seinen Laufschéin, welcher ihm zu diesem Beihilfe von der betreffenden Kirche auf Ansuchen gratis ertheilt wird, (Juden den Geburtschein) mitzubringen; eben so haben diejenigen, welche bereits bei Musterungen vorgewesen sind, deren Militär-Verhältnis aber noch nicht definitiv festgestellt worden ist, ihre Lösungsscheine beizubringen. Diejenigen dieser Gestellungsverpflichtigen, welche sich nicht melden und die unterlassene Meldung bei der später zu veranstaltenden Nachrevision in den Häusern nicht hinreichend zu entschuldigen vermögen, werden nicht nur ihrer Reklamations-Ansprüche verlustig gehen, sondern es wird auch, wenn sie zum Militärdienst tauglich befunden werden, ihre Einstellung von keiner Lösung abhängig gemacht werden, sondern vor allen andern Militärschuldigen erfolgen.

Die Eltern, Wornänder, Meister und Lehrherren Gestellungsverpflichtiger werden hierdurch veranlasst, sie mit Vorstehendem bekannt zu machen.

Breslau, am 5. Februar 1845.

Königliches Polizei-Präsidium.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

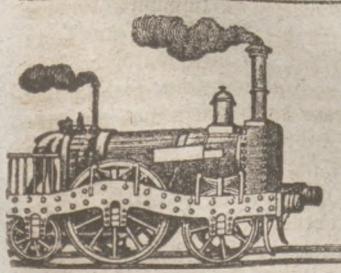
Zur Anlage der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn soll die Ausführung der Erdarbeiten, sowie der Bau der kleineren Brücken und Durchlässe in der II. Abtheilung zwischen Guben und Halbau auf der 2486 Ruten langen Strecke zwischen Gubersdorf und Halbau als 9tes Roos auf dem Wege der Submission in Entreprise gegeben werden.

Die Pläne, Berechnungen, En-reprise-Bedingungen und Submissions-Formulare können in dem technischen Bureau zu Sommerfeld beim Abtheilungs-Ober-Ingenieur Enael während der Geschäftsstunden eingesehen werden, woselbst gegen Erlegung von 10 Sgr. auch Abschriften der Bedingungen, der allgemeinen Nachweisung und des Submissions-Formulars in Empfang genommen werden.

Submissionen für die Ausführung der betreffenden Arbeiten müssen mit der Aufschrift: „Offerte zur Übernahme des Osten Rooses der Planirungs-Arb.

britten in der II. Abtheilung“ bis zur Mittagsstunde des 20. März d. J. portofrei bei uns (Leipziger Straße Nr. 61) eingereicht werden; später eingehende Submissionen können auf Berücksichtigung keinen Anspruch machen. Die sich Meldenden bleiben bis zum 4. April d. J. an ihre Offerte gebunden. Berlin, den 3. Februar 1845.

Die Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft.



Die vom 15. d. bis 1. März c. zu leistende zweite Einzahlung von 10 Prozent auf

Köln-Mindener Eisenbahn-Aktien-Zusicherungsscheine besorgt gegen billige Provision:

Adolph Goldschmidt,
Ring Nr. 32.

Die zweite, vom 15. d. M. bis zum 1. März c. stattfindende Einzahlung von 10% auf Köln-Mindener Eisenbahn-Aktien-Zusicherungsscheine besorgen wir gegen billige Provision. Breslau, den 4. Februar 1845.

G. brüder Guttentag.

Einzahlungen

auf Eisenbahn-Aktien-Duitungs-Bögen werden von sämtlichen hiesigen Wechselschäfern jedesmal besorgt. Breslau, im Februar 1845.

Bei Leo. Freund in Breslau ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Römische Mysterien.

Beschrieben von einem Augenzeugen: L. v. B., Deutsch-Katholiken.

Zweite Auflage. Gr. 8. Geh. 2½ Sgr.

Im Verlage von C. F. A. Günther in Breslau, Grüne Baumbrücke Nr. 2, erscheint in einigen Tagen eine politische Monatsschrift, unter dem Titel:

Schlesischer Zeitspiegel.

Umriss und Mundlossen zur Tagesgeschichte.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.

4 Bogen broch. Subscriptions-Preis 3 Sgr.

Der „schlesische Zeitspiegel“ soll nichts, als Das enthalten, was sein Name veranschafft: Er soll daher seinen Lesern Alles wiedergeben, was der Zeustrom in seinem raschen Laufe mit sich führt, und was würdig ist, der Nachwelt aufbewahrt zu werden. Des Tages wichtigste Ereignisse sollen, je nachdem es der Gegenstand erfordert, mit Ernst und Würde, oder mit Humor und Satyre, jedenfalls aber mit Freimüthigkeit besprochen werden, wobei auf die Angelegenheiten unserer Provinz besonders Rücksicht genommen werden wird. Um das reiche Material überblicken zu können, soll der Inhalt des „schlesischen Zeitspiegels“ in folgende Haupt-Rubriken zerfallen:

a) Leitende Artikel über vaterländische Gegenstände. — b) Feuilleton, enthaltend:

1. Nachrichten aus der Welt. 2. Nachrichten aus dem Staate. 3. Nachrichten aus der Provinz. 4. Melancholie. — c) Statistische Notizen.

Die resp. Subscribers verpflichten sich zur Abnahme eines Quartals von 3 Lieferungen, und ist der Preis einer jeden Lieferung nur bei Empfang derselben zu entrichten.

Diese Monatsschrift ist durch die resp. königl. Postamter, so w.e. durch alle Buchhandlungen, und in Breslau durch die Buchdruckerei C. F. A. Günther zu beziehen.

Die Redaktion des „schlesischen Zeitspiegels.“

So eben erschien bei Aug. Schulz u. Comp. in Breslau (Alt-Büsserstraße Nr. 10 an der Magdalenen-Kirche) und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Flieg- oder fliegende Schrift

des

A. G. Friedr. Freiherrn v. Strachwitz
angeblich
nur den katholischen Priester Herrn Johannes Ronge vor dem lesenden Volke besprechend.

Ein unversiegeltes Privatschreiben

an deren Verfasser u. a. m.

von Baumgarten.

Gr. 8. geh. 2½ Sgr.

Der Freund kommt, wenn die Leute wachen!

So eben erschien bei Aug. Schulz in Breslau und ist in allen Buchhandlungen zu beziehen:

Die Verklärung Christi in den Seinen.

Eine Predigt von Carlstadt in Schönbrunn.

Erste Separat-Auflage. gr. 8. geh. 2 Sgr.

Bei Graß, Barth und Comp. in Breslau, Herrenstraße Nr. 20, bei den sibben in Oppeln, Ring Nr. 10, und bei F. J. Biegler in Brieg, Sollstraße Nr. 13, ist zu haben:

Einf Kapitel gegen Professor Dr. J. B. Baltzer oder die „gute“ Presse auf dem Armenius-und erbäckchen.

Von August Semrau [Katholik].

Zweite Auflage. 8. Geh. 4 Sgr.

Inhalt: Zweiter maskirter und unmaskirter Ball. — Cicero-Balzer. — Balzersche Pressefreiheit. — Der rückwärtschreitende Fortschritt und die Revolution. — Das Schwert unter der Kette. — Kein Urteil über die „heilige“ Lunica ic. ic.

An Ronge's Freunde und an seine Gegner.

Im Verlage von F. C. Leuckart in Breslau (Kupferschmiedestraße Nr. 13, Ecke der Schuhbrücke) ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen, namentlich auch in Oppeln bei Weils Häuser und Ackermann, in Gleiwitz bei Landsberger, in Neisse bei Th. Henning, in Ratibor bei Hirt, in Glatz bei Hirschberg, in Glogau bei Flemming, in Posen bei Mittler und in Liegnitz bei Reichner, zu haben:

Ronge's Beruf zum Reformator seiner Kirche.

Von Wilh. Jul. von Schwakowsky.

Preis 5 Sgr.

Als ein wahres Glück muß das Erscheinen dieser Schrift betrachtet werden. Bei dem Hin- und Herwogen der Meinungen, welche sich noch nicht abgelaßt und zur befriedigenden Einheit gestaltet haben, muß eine Schrift, welche das Wesen der Rongeschen Lehre mit Umsicht und seltner Gesamtheit entwickelt, viel dazu beitragen, denjenigen Theil des Publikums, welcher sich nach einer gründlichen Belehrung sehnt, auf den Standpunkt zu versetzen, von welchem aus man die vielfach ventilierte Rongesche Angelegenheit mit Klarheit und sicherer Ruhe zu beurtheilen vermag.

Musikalien-Leih-Institut der Musikalien-, Kunst- und Buchhandlung Ed. Bote und G. Bock,

Schweidnitzer Strasse Nr. 8,

Abonnement f. 3 Monate 1 Rthlr. 15 Sgr. — Mit der Berechnung, für den ganzen gezahlten Abonnements-Betrag nach unumstrankter Wahl Musikalien als Eigenthum zu entnehmen, 3 Rthlr. — Ausführlicher Prospekt gratis.

Für Auswärtige die vortheilhaftesten Bedingungen.

Bekanntmachung.

Die Anfertigung von 300 Stück Chaussee-Karren, 50 Stück Pick- und 50 Stück Breithauen zum Glatz-Reisser Chausseebau soll im Wege der Licitation vergeben werden, und haben wir zur Entgegnahme der betreffenden Gebote hierauf, auf den 20sten d. M. im hiesigen Rathause, Vormittags 10 Uhr, einen Termin anberäumt. Die Bedingungen können jederzeit hier eingesehen werden.

Reichenstein, den 6 Februar 1845.

Der Vorstand des Glatz-Reisser Chausseebau-Unternehmens: Richter. Vogt. Bergmann. Wilscheck. Frhr. v. Zedlitz-Renkisch.

Eine Dame von guter Familie, zwischen 30 und 40 Jahren, welche durch Familienverhältnisse sich gezwungen fühlt, ein anständiges Unterkommen außerhalb ihres Familienkreises aufzusuchen — kann ein solches bei einer Herrschaft auf dem Lande finden, sie muss gründliche Kenntnisse der Hauswirtschaft, so auch besondere Kenntnisse und Neigung zur feineren Kochkunst besitzen, um der Haushfrau dabei beizustehen, übrigens eines heiteren Humors, mit solcher Bildung verbunden, daß selbstig sich in jeder Hinsicht in guter Gesellschaft ganz heimisch findet, und für die Damen des Hauses zugleich ein angenehmer Umgang verbunden ist. Postofreie Briefe können in Dresden oder Bresl. u. poste restante unter der Chiffre Y. Z. abgegeben werden; jedoch wird nur denen, die die erwünschten Eigenschaften besitzen, binnen 4 bis 5 Wochen eine Antwort ertheilt.

Offener Dienst.

Ein Gärtner, welcher Baumzucht, Spalier, kleine Ananastreiberei &c. gründlich versteht und gute Atteste vorzuzeigen hat, kann sogleich einen guten Dienst antreten in Brustave bei Festenberg.

Offener Posten.

Ein Jäger, welcher nicht nur das Forst- und Jagdwesen gründlich erlernte, und beiden Fächern mit Liebe zugethan ist, besonders was die Forstkultur und Jagdschönung betrifft, kann sogleich zu einem guten Posten melden zu Brustave bei Festenberg.

Brauerei-Verkauf.

Die hiesige seit zwei Jahren neuingerichtete Schloßbrauerei, mit einem vollständigen Inventarium, Wohnhaus, Küb- und Pferdestallungen und dazu erkauften Schlossgarten, nebst 4 Morgen 75 Dkr. Gartenland, wird zusammen auf den 1. April f. Jahres, früh um 10 Uhr, zum Verkauf ausgedobten werden.

Die Kaufbedingungen sind zu jeder Tageszeit bei dem Stadtältesten Herrn Otto hier selbst einzusehen.

Namslau, den 27. December 1844.

Die Eigentümer.

Demoisells, namentlich in Hauben geübt, werden sogleich angenommen: Ring 51, 1 St.

Ein in allen Fächern der Dekonomie praktisch ausgebildeter, mit vorzüglich guten Attesten versehener Landwirth, welcher der polnischen Sprache mächtig, jedoch unverheirathet sein muß, findet unter höchst vortheilhaftesten Bedingungen als Ober-Inspektor auf einem bedeutenden Güter-Comptoir im Groß-Herzogthum Posen von Johannis c. ab, ein vortheilhaftestes Unterkommen. Das Nähre erfährt man in dem Commissions- und Agentur-Comptoir des Carl Sigismund Gabriell in Breslau, Carlsstraße Nr. 1.

Ein gut rentierendes Handlungsgeschäft in der Nähe des Ringes ist sofort unter ganz soliden Bedingungen zu verkaufen. Auskunft ertheilt

E. Berger, Bischofstraße Nr. 7.

Mehrere Rittergüter, zu verschiedenen Preisen, so wie ein schönes Rittergut in Polen, von 6000 Morgen Fläche, das nur 1½ Meile von der Pr. Grenze, und zwar 3 Meilen von Rosenberg in D.-S. gelegen, ist für 50,000 Rthlr. zu verkaufen. Näheres beim Commissär E. Berger, Bischofstraße 7.

Sehr tüchtige Wirtschafts-Beamte, Rentmeister und Sekretäre &c., die erforderlichen Fällen auch Caution legen können, empfiehlt

E. Berger, Bischofstraße Nr. 7.

Anzeige.

Eine junge Dame aus achtbarer Familie, welche in der französischen Sprache, im Flügelspiel und in allen übrigen Wissenschaften, so wie auch in allen weiblichen Arbeiten Unterricht ertheilt, wünscht zu Ostern als Erzieherin placirt zu werden; nähere Auskunft ertheilt Herr E. Küh, neue Schweidnitzer Straße Nr. 3c.

Eine junge anständige Frau, welche sowohl im Schneiden, Frisuren, als auch in andern weiblichen Arbeiten geübt ist, wünscht zu Hälften wegen ein Unterkommen als Kammerfrau bei Herrschaften auf dem Lande oder in der Stadt, am liebsten bei einer einzelnen Dame. Das Nähre erfährt man Rehberg Nr. 13.

Leib- und Bettwäsche,
sorgfältig gefertigte Herren- und Damenhemde, Chemisets, Manschetten und Halskragen bei
Heinr. Aug. Kiepert,
am Ring Nr. 20, eine Treppe hoch.

Sterbejunker
sind stets billig zu haben bei
Heinr. Aug. Kiepert.

Gänzlicher Ausverkauf.
1 große alte geschmiedete Kasse 38 Rtl.
1 dergleichen mit einem Beckästchen 32 Rtl.
1 neue geschmiedete Kasse 30 Rtl.
1 großer Waagebalken aus Gusseisen, der 20
Er. trägt 4 Rtl.

100 geachte ½ Ctr. Gewichte, à 12 Sgr.
24 Stück geachte 5½ Pfunder, à 8 Sgr.
300 geachte 5 Pfunder, das Stück 7 Sgr.
Mr. Rawitsch, Neuschesstr. Nr. 24.

Zu verkaufen:
ein 2-sp. Schlitten, gut erhalten;
eine große schöne Bärdecke,
ein Paar gut erhaltene Glockengeläute.
Näheres Schweidnitzerstr. 37 in der Gaststube.

Ein gebrauchter Staatswagen
ist zu verkaufen bei dem Haushalter Nr. 1
Sandstraße.

Das ehemalige Fabrik-Gebäude, lange
Gasse Nr. 22, zu einer Feuer-Werkstätte
— seines großen Raumes wegen auch
zu einer Tischler-Werkstätte — geeignet
ist bald zu vermieten. Näheres im
Comtoir, Neuschesstr. Nr. 45, beim
Eigenbümer.

Ein Schlitten,
billig, ist zu verkaufen Neubergasse im ehemaligen
Gabelgarten; beim Wirth zu erfragen.

Ein im guten Zustande befindlicher Schlitten
ist zu verkaufen im polnischen Bischof-,
Rosenhauer-Strasse Nr. 10.

Ein moderner neuer, und ein gebrauchter
Schlitten stehen zum Verkauf Kupferschmiede-
straße Nr. 18.

Eine Partie acht sehr sächsischen Stahl-
sign. Lannenbaum, ca. 13 Ctr., ist wegen
Umzugs aus freier Hand zu verkaufen: im
Gothof zum polnischen Bischof in Breslau,
am 24sten d. M. Vormittag 10 Uhr.

Verlorner Hühnerbund.

Vor einigen Tagen ist ein großer Hühner-
bund, mit braunen Flecken, getiegert, auf den
Namn „Pamuff“ hörend, verloren gegangen.
Derselbe hatte ein reußliches Halsband, mit
dem Namn: Werner, Polizei-Assessor, Maler-
Straße Nr. 27. Es wird um die gesällige
Uhrübertragung gegen eine angemessene Belohnung
(Malerstraße Nr. 27) ersucht.

In der Tauenienstraße Nr. 32, zwei Stiegen vorn heraus, sind zwei sehr gut möblirte
Stuben an eine anständige Dame sofort zu
vermieten, auch sind daselbst mehrere Mahagoni-Möbel zu verkaufen.

Maskenzeichen

zur Schutz des Maskenrechts am Hut oder
Arm zu tragen, für Theilnehmer, die nur im
Ballzuge bei Maskenbällen erscheinen, sind
mit gestriger Post wieder angekommen und
empfiehlt, wie auch Floräugen, Ruten u. dgl.
die Galanterie- und Kinderspielwaren-Hand-
lung des Joh. Sam. Gerlich, Ring 34,
an der grünen Röhre im Gewölbe.

Berliner Cervelat-Wurst
in sehr schöner Qualität, à 1 Pf. 9 Sgr., offeriert
Friedrich Neumann,
Nikolaistr. Nr. 21.

Ein hübscher dauerhafter vierziger Hennschlit-
ten, aber kein Staatschlitten, nebst einfacher
Gläute, ist billig zu verkaufen: Nikolaistr. 74.

Vier Stück gut gehaltene Adressbücher der
Haupt- und Residenzstadt Breslau, herausge-
geben im Jahre 1844, kostet für den halben
Ladenpreis der Verfasser
Polizei-Commissarius Vogt,
Kupferschmiedestr. 17.

Haus-Verkauf.
Ein herrschaftliches Haus auf einer gut ge-
legenen Straße ist mit einer geringen Einzahl-
ung sofort zu verkaufen. Näheres neue
Schweidnitzerstraße Nr. 4 beim Herrn Kauf-
mann Gleiß.

Eine gut möblirte Stube ist plötzlicher Ver-
änderung halber sogleich oder zum 1. März
zu vermieten: Schuhbrücke Nr. 30.

Zu vermieten
ist von Ostern an eine freundliche Wohnung
von 4 Stuben, Alkove und dem nötigen Bei-
gelaß: Feldgasse Nr. 9.

Zu vermieten
und am 1. März zu beziehen ist Ohlauerstr.
Nr. 34 in der ersten Etage ein möblirtes Zim-
mer. Zu erfragen daselbst par terre.

Schweidnitzer Straße Nr. 11 ist der zweite
Stock, bestehend in 5 Zimmern, verschließba-
rem Eingang, Küche und nötigem Beigelaß;
desgl. Stallung für 3 Pferde und Wagenplatz
zu vermieten und Ostern zu beziehen. Das
Nähre im Comptoir daselbst.

Zu vermieten ist in den 3 Mohren, Blücher-
plätzchen, die erste Etage, bestehend in 8 Zim-
mern, 1 Saal, Eingang und Beigelaß; das Nähre
daselbst beim Eigentümer.

Zu vermieten ist in den 3 Mohren ein
Gewölbe, Comptoir und Remise.

Zu vermieten
ist Reusche Straße im goldenen Schwert die
2. Etage, wie auch eine große Remise und
zwei Keller.

Kirchstraße Nr. 1 an der Promenade
sind zwei freundliche Parterre-Wohnungen,
eine jede bestehend aus einer großen Stube,
kleineren Stube und Küche, ferner eine kleine
heizbare Stube auf dem Hofe, so wie erforder-
lichen Falles auch Pferdestall und Wagen-
Remise, sogleich oder von Ostern d. J. ab zu
vermieten.

Zu mieten
sucht ein stilles kinderloses Ehepaar für Ostern
2 bis 3 freundliche Stuben nebst Küche und
Zubehör in einer belebten Gegend der innern
Stadt, oder ganz nahe in der Vorstadt, in ei-
nem anständigen Hause, doch nicht im 3. Stock.
Adressen erbittet man Alt-Bürgerstraße Nr. 42,
2 Treppen hoch.

Reusche Straße Nr. 60, beim Herrn Haus-
besitzer sind zu verkaufen: 10 Stück Matz-
därrhorden, ein Sattelbaum aus Schmiede-
eisen, 51 Stück Bier-Zonen, Eimer und
halbe Eimer, 9 Stück Hesen-Schafte, und ein
Kühlenschaff von 588 Quart Inhalt.

Zu vermieten
und Johann d. J. zu beziehen ist auf der
Reuschen Straße Nr. 41 ein Gewölbe nebst
Wohnung. Das Nähre par terre.

Für die Herren Goldarbeiter
sind zwei Walzwerke zum Verkauf: Breite-
Straße Nr. 42, bei Antoniewicz.

Zwei Schlitten in gutem Zustand, mit
allem Zubehör versehen, stehen zu verkaufen:
Messergasse Nr. 14.

Zu vermieten
und Johann zu beziehen ist eine herrschaft-
liche Wohnung von 8 Stuben nebst Zubehör.
Näheres Ohlauer-Strasse Nr. 56, im
Comptoir.

Möblirte Zimmer sind fortwährend auf Tage,
Wochen und Monate Albrechtsstraße Nr. 17,
Stadt Rom, im ersten Stock zu vermieten.

Zu vermieten
und gleich zu beziehen ist eine Oderstraße 10
(vor dem Nikolaihor) eine Wohnung von 2
Stuben, 1 Kochstube nebst Beigelaß. Das
Nähre hierüber ist bei dem Vereins-Droschen-
Inspektor Arndt daselbst zu erfahren.

Mehrere in einer gesunden Gegend vor dem
Schweidnitzer Thor sehr schön belegene Bau-
plätze sind preiswürdig zu verkaufen. Die näh-
eren Bedingungen können eingesehen werden
in dem Commissions- und Agentur-Comptoir
des Carl Sigismund Gabriell, Carls-
Straße Nr. 1.

